DER PARITÄTISCHE HESSEN

75 JAHRE 1947 • 2022

Jahresbericht 2021

INHALT

Inhalt

Vorwort 4

Aus den Fachreferaten

Altenhilfe, Pflege und Gesundheit 6
Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung 7
Behindertenhilfe 8
Europa 9
Frauen/Mädchen 10
Grundsatz 11
Kinder- und Jugendhilfe 12
Migration 13
Soziale Notlagen 14
Soziale Psychiatrie 15
Suchthilfe 16
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 17

Service und Schwerpunkte

Recht 19
Betreuungsvereine 20
Finanz- und Betriebsmanagement 21
Fördermittel 22
Kita-Fachberatung 23
Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung 24
Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend 25
Beratung gegen Rechts 26
Projekt VeBB 27
Schwerpunktthema Wohnen 28
Kultur Mittendrin 29

Aus den Regionen

Regionalgeschäftsstellen 31
Offenbach 32
Darmstadt 33
Frankfurt am Main 34
Wiesbaden 35
Gießen 36
Kassel 37
Fulda 38

Zahlen und Fakten

Neue Mitgliedsorganisationen 2021 40
Mitgliederstatistik 42
Mitgliederentwicklung 43
Paritätische Projekte gGmbH 44
Organigramm 45
Autor*innen 46
Bildnachweis, Impressum 47

LIEBE PARITÄTER*INNEN, LIEBE LESER*INNEN,

VORWORT

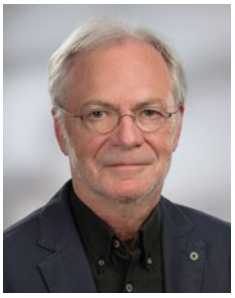
das Adjektiv „neuartig", das es anfangs begleitete, hat das Corona-Virus im Jahr 2021 eingebüßt, doch leider nichts von seiner Gefährlichkeit. Wir haben uns an das Leben und einen neuen Arbeitsalltag mit dem Virus gewöhnt. Die Infektionszahlen gehören zu den täglichen Nachrichten wie der Wetterbericht. Corona ist Teil unseres Alltags geworden, das zeigt auch das Titelbild dieses Jahresberichts, das als Gemeinschaftswerk in unserem Kunstprojekt BehindART entstanden ist.

Doch in der sozialen Arbeit blieb die Belastung 2021 nach wie vor immens. Wie kann man nahe am Menschen arbeiten und dennoch die notwendigen Schutzmaßnahmen einhalten? Diese zentrale Frage trat nach einem vergleichsweise entspannten Sommer im Herbst und Winter wieder in den Vordergrund, verstärkt mit der besonders ansteckenden Omikron-Variante. Auch im zweiten Pandemie-Jahr unterstützte der Paritätische Hessen seine Mitgliedsorganisationen tatkräftig dabei, diese Herausforderung zu meistern. Er setzte sich dafür ein, dass die soziale Infrastruktur gesichert wird und benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders in den Blick genommen werden. Denn die Pandemie belastet marginalisierte Menschen ungleich stärker, sei es, weil sie in beengten Unterkünften ein höheres Ansteckungsrisiko haben, sei es, weil ihr Einkommen wie Rente, Hartz IV oder Kurzarbeitergeld nicht reicht.

Die Armut steigt in Hessen weiter ungebremst, die Quote lag 2021 bei 18,3 Prozent und damit um 1,8 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Solche Zahlen sind gerade in einem reichen Bundesland wie Hessen nicht hinnehmbar. Die staatliche Unterstützung hat zwar verhindert, dass in der Pandemie noch wesentlich mehr Menschen in die Armut abgerutscht sind. Das ist positiv, doch eine Trendwende hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist nicht in Sicht. Wer die Armut grundsätzlich bekämpfen will, muss den Reichtum in den Blick nehmen. Extrem hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften müssen endlich angemessen besteuert werden.

Alarmiert hat uns 2021 die Querdenken-Bewegung. Wir positionieren uns für ein solidarisches Handeln in der Pandemie und distanzieren uns von Verschwörungserzählungen, die auch vor sozialen Einrichtungen nicht haltmachen. Wir begrüßen die kontroverse Debatte über die Corona-Maßnahmen und beteiligen uns aktiv an ihr. Allerdings steht die Behauptung, die Pandemie werde insgeheim von Mächtigen inszeniert, um der Bevölkerung zu schaden, für uns außerhalb dieser Debatte. Rechtsextreme und antisemitische Haltungen, wie sie bei Protesten gegen Corona-Maßnahmen offen vertreten werden, sind unvereinbar mit unseren Grundwerten Vielfalt, Offenheit und Toleranz.

Wir danken allen, die diese Werte mit uns gemeinsam verteidigen. Unseren Mitgliedsorganisationen und ihren Mitarbeiter*innen wünschen wir die Kraft, der Corona-Pandemie und der Inflation in Folge des Ukraine-Kriegs weiter zu trotzen. Den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen und unseren Mitarbeiter*innen danken wir für ihr Engagement im Verband und ihre Mitwirkung in zahlreichen Gremien.



Ihr Dr. Wolfgang Werner
Vorstandsvorsitzender

Ihre Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin

AUS DEN FACHREFERATEN

ALTENHILFE, PFLEGE UND GESUNDHEIT

Erste Schritte auf dem Weg zurück zur Normalität

Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie waren die extremen Probleme der Anfangszeit – fehlende Schutzkleidung, Masken und Desinfektionsmittel – weitestgehend entschärft. Die neuen Impfstoffe, die Testmöglichkeiten und gute Schutzkonzepte der Einrichtungen haben den Umgang mit dem Virus in den Einrichtungen der Altenhilfe erleichtert. Die Verordnungen des Bundes zum Testen, Impfen und zur finanziellen Unterstützung der Träger durch den Rettungsschirm Pflege wurden den jeweils neuen Erkenntnissen angepasst und verlängert. Insbesondere die Refinanzierung der coronabedingten Aufwendungen konnte weitgehend gesichert werden. Die betreuten Menschen in den Einrichtungen waren überwiegend zweimal geimpft, zum Ende des Jahres erfolgte bereits die dritte Impfung. Auch bei den Mitarbeitenden ließ sich eine große Zahl impfen. Dies und die regelmäßige Testung aller Beschäftigten und der Besucher*innen in den stationären Einrichtungen drängten die Infektionsausbrüche zurück. Es wurde möglich, die Schutzmaßnahmen zu lockern. Damit waren die ersten Schritte auf dem Weg zurück zur Normalität insbesondere in den vollstationären Einrichtungen getan. Es konnten wieder Gemeinschaftsaktivitäten und ein weitgehend normales Alltagsleben stattfinden. Isolationen, wie noch im Vorjahr üblich, waren durch den besseren Schutz der gefährdeten Menschen nicht mehr nötig.

Extreme Belastung für Beschäftigte

Für die Mitarbeitenden in den Einrichtungen und Diensten brachten die Maßnahmen eine extreme zusätzliche Arbeitsbelastung, insbesondere wenn Beschäftigte erkrankten und die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen zum Teil nur durch Notprogramme gesichert werden konnte. Bis zur Mitte des Jahres war es für stark belastete Einrichtungen möglich, sich von der Bundeswehr unterstützen zu lassen, vor allem bei den Testungen.

Die Fachgruppe Altenhilfe des Paritätischen Hessen befasste sich intensiv damit, welche Lehren aus dem bisherigen Umgang mit der Corona-Pandemie gezogen werden können und an welchen Stellen Veränderungen nötig sind. Die Anregungen wurden in die Gremien auf Landes- und Bundesebene weitergetragen. Unter anderem flossen sie in die Positionierung des Paritätischen Gesamtverbands und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege ein und wurden den Begleitgremien des Sozialministeriums in Hessen übermittelt.

Bessere Bezahlung

Ein großer Reformprozess der Pflegeversicherung wurde 2021 vorbereitet und führte letztendlich doch nur zu einzelnen Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für die Pflege, jedoch nicht zu einer Gesamtreform des Systems. Danach sollen die Pflegenden eine bessere Bezahlung erhalten. Durch die höheren Löhne werden die Kosten für die Pflegebedürftigen jedoch weiter steigen. Im Vorgriff darauf wurden die Beträge der Pflegeversicherung für die ambulanten Pflegeleistungen erhöht. Im stationären Bereich wurde eine Begrenzung des Eigenanteils der Pflegebedürftigen an den Pflegekosten festgelegt. Der von den Pflegebedürftigen zu zahlende Anteil sinkt in Relation zu ihrer Aufenthaltsdauer in der stationären Einrichtung. Im nächsten Schritt soll das Personal aufgestockt werden, um die Belastungen der Mitarbeitenden zu reduzieren und das Arbeitsfeld attraktiver zu gestalten. Durch die zu erwartenden Lohnkostensteigerungen werden die finanziell entlastenden Effekte für die Pflegebedürftigen jedoch schrumpfen, so dass eine weitere Reform schon absehbar ist. Der Paritätische begleitet die Umsetzung der neuen Regelungen in den Gremien auf Bundes- und Landesebene. Auch im Hessischen Sozialministerium wurde eine Arbeitsgruppe hierzu eingerichtet. Im Paritätischen Landesverband wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der Pflegereferat, Betriebswirtschafts- und Rechtsreferat zusammenarbeiten mit dem Ziel, die Mitgliedseinrichtungen bestmöglich auf eine Tarifumstellung vorzubereiten. Eine weitere Herausforderung stellt der Fachkräftemangel dar. Dieses Thema wird zu einem Schwerpunkt in der verbandlichen Arbeit werden.

AUTORIN Marion Hersina

ARBEIT, QUALIFIZIERUNG UND BESCHÄFTIGUNG

Benachteiligte Jugendliche besser in Ausbildung bringen

Die Fachgruppe Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung des Paritätischen hat 2021 verstärkt junge Menschen im Übergang von der Schule ins Berufsleben in den Blick genommen. In einem Positionspapier hat sie Handlungsempfehlungen an die hessische Landesregierung formuliert, um insbesondere jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen mögliche Ausbildungsperspektiven aufzuzeigen.

Die Corona-Pandemie hat vor allem für Menschen in prekären Lebenslagen den Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit erheblich erschwert. Dies dürfte nach einschlägigen Prognosen kein vorübergehendes Problem sein, sondern der Beginn eines langfristigen Abwärtstrends. Diesem gilt es jetzt entschlossen entgegenzutreten: Vor allem Jugendliche ohne oder mit Hauptschulabschluss sollten aktiv unterstützt werden, damit diese künftig als ausgebildete Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt eine gute Beschäftigungschance haben.

Es gilt als erwiesen, dass berufsqualifizierende Abschlüsse das Risiko für prekäre Beschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut verringern. Die Arbeitslosenquote in Hessen im Jahr 2020 lag bei Personen mit „Helfer*innen-Stellen" bei 15 Prozent, während sie bei Fachkräften nur drei Prozent betrug.

Besonders dramatisch ist die Situation für Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss. Betrachtet man in Hessen die Menschen, die im SGB-II-Bezug (Hartz IV) leben, so haben 34 Prozent die Hauptschule ohne Abschluss verlassen (im Bundesdurchschnitt sind es 25,1 Prozent). 73,9 Prozent haben keine abgeschlossene Berufsausbildung (Bundesdurchschnitt 66,2 Prozent).

Außerbetriebliche Ausbildung stärken

2021 sind rund 63.000 gemeldete Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben, was knapp zwölf Prozent entspricht. Zusammen mit Ausbildungsstellen, die nicht bei den Arbeitsagenturen gemeldet werden, liegt der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplätze bei 40 Prozent. Vor diesem Hintergrund fordert der Paritätische Hessen, dass Schüler*innen durch niedrigschwellige Beratungs- und Coaching-Angebote aktiv unterstützt, aufgesucht, begleitet und beraten werden. Es genügt nicht, dass Betriebe Subventionen erhalten, um Ausbildungsplätze zu sichern und neu zu schaffen. Für junge Menschen mit großen Integrationshemmnissen sind außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten nötig. Ein missglückter beziehungsweise verspäteter Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verschlechtert die Erwerbsperspektiven junger Menschen. Ausbildungsabbrüche und Vertragslösungen wirken demotivierend und führen oftmals in längere Arbeitslosigkeit beziehungsweise in unqualifizierte Tätigkeiten.

Bildungs- und Förderkonzepte notwendig

Unter anderem sollten folgende Strategien aus Sicht des Paritätischen Hessen künftig die fachpolitische Richtung bestimmen:

Die außerbetriebliche Ausbildung soll im integrativen Modell (wieder) aufgebaut und ausgeweitet werden. Die gemeinnützigen Bildungsträger haben dafür wichtige und bewährte Infrastrukturen geschaffen, sowohl in handwerklichen Branchen als auch im Dienstleistungssegment sowie in zukunftsrelevanten Berufsfeldern wie Pflege, Soziales und Digitales. Zu fördern sind insbesondere praxisnahe Ausbildungsstätten mit hochwertigen Bildungs- und Förderkonzepten wie ausbildungsbegleitenden Hilfen, zum Beispiel Unterstützung bei der Bewältigung des Lernstoffs der berufsbildenden Schulen und bei (vorübergehenden) persönlichen Krisen.

Für arbeitsmarktnahe, motivierte und stabile junge Menschen soll die außerbetriebliche Ausbildung im kooperativen Modell im Verbund mit wirtschaftsnahen Betrieben verstärkt angeboten werden.

Am Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit beziehungsweise Beruf sollte die kommunale Koordinierung (Verantwortung) gestärkt werden. Gebraucht wird eine sozialräumlich ausgerichtete, vielfältige Förderung benachteiligter Jugendlicher statt des standardisierten Einheitsmodells der Bundesagentur für Arbeit.

AUTORIN Annette Wippermann

Intensive Verhandlung von Rahmenverträgen zum Bundesteilhabegesetz

Wie soll und kann das Bundesteilhabegesetz (BTHG) in der Praxis umgesetzt werden? Diese Frage beschäftigt die Wohlfahrtspflege seit 2017. Um die Details der Umsetzung möglichst verträglich für die betroffenen Träger und die Klient*innen zu gestalten, verhandelte der Paritätische Hessen im Verbund mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege 2021 im vierten Jahr in Folge mit dem Landeswohlfahrtsverband und den Kommunen über Rahmenverträge. Der Paritätische Hessen engagierte sich stark in diesen Verhandlungen und bot für seine Mitgliedsorganisationen mehrere Informationsveranstaltungen an, die alle gut besucht waren. Das Thema ist komplex und brisant, denn die Finanzierungs- wie auch die Leistungserbringungsgrundlagen ändern sich erheblich. Aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten sind drei Rahmenverträge zu verhandeln: einer für Leistungsberechtigte bis zum Ende der Schulausbildung, einer für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und einer für Leistungsberechtigte nach Beendigung der Schulausbildung. Die Verhandlungen zum Rahmenvertrag 1 für Kinder und Jugendliche mit Behinderung wurden im Herbst von kommunaler Seite aufgrund interner Diskussionen insbesondere bei den hessischen Landkreisen für mehrere Monate ausgesetzt, so dass er nicht wie geplant zum Jahreswechsel in Kraft treten konnte. Um auch für 2022 eine rahmenvertragliche Grundlage zu haben, wurde der Übergangsrahmenvertrag um ein Jahr verlängert, so wie es der Paritätische Hessen von Beginn an vorgeschlagen hatte. Die Vertragsparteien streben für die Rahmenverträge 2 und 3 einen Abschluss im Frühjahr 2022 an.

Intensiv unterstützt und eng begleitet wurden die Rahmenvertragsverhandlungen 2021 im vierten Jahr in Folge durch ein Begleitgremium des Paritätischen Hessen, das sich aus den Sprecher*innen der involvierten Fachgruppen sowie weiteren Vertreter*innen dieser Fachgruppen zusammensetzt. Über die Besetzung des Begleitgremiums wurde bereits im Sommer 2017 in den involvierten Fachgruppen beschlossen. Für die Verhandlung des Rahmenvertrags 1 hat das Begleitgremium eine Unterarbeitsgruppe gegründet, sie besteht seit 2017 aus folgenden Mitgliedern:

Angelika Thielicke und Wolfgang Kopyczinski, Friedhelm Koch und Peter Kern sind als die jeweiligen Fachgruppensprecher*in der Fachgruppe Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie in der Begleitgruppe. Zudem vertreten Angela Abel (PSH Heppenheim) und Peter Mann (Vitos Riedstadt) die Fachgruppe Suchthilfe. Thomas Gardyan (Haus Hohensolms Stiftung) und Petra Eckert (Behinderten-Werk Main-Kinzig) ergänzen die Begleitgruppe.

Für die Verhandlung des Rahmenvertrags 1 hatte die AG BTHG eine Unterarbeitsgruppe gegründet. Aktuelle Mitglieder sind Thomas Gardyan (Haus Hohensolms Stiftung), Martina Ertel (Lebenshilfe Gießen), Maarten Kubeja (Blista), Ina Deidl (fib Marburg), Oliver Knuf (Lebenshilfe Frankfurt) und Hubert Lorenz-Medick (Lebenshilfe Rheingau-Taunus). Der Paritätische Hessen dankt diesen Vertreter*innen seiner Mitgliedsorganisationen für ihr außerordentliches Engagement.

Rahmenvertrag Frühförderung

Weitergeführt wurden 2021 die Verhandlungen für eine Landesrahmenvereinbarung zur allgemeinen interdisziplinären Frühförderung nach § 46 des Sozialgesetzbuchs IX. Unter Federführung des Paritätischen Hessen hatte sich bereits 2020 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste zur Verhandlung der Landesrahmenvereinbarung gebildet. Ende Juli 2021 sandte die Arbeitsgruppe einen Entwurf an die Verbände der Krankenkassen und die kommunalen Spitzenverbände. Ende August 2021 fand ein Sondierungsgespräch statt, um das Verhandlungsverfahren und erste inhaltliche Eckpunkte abzusprechen und zügig in die Verhandlungen einzusteigen. Insbesondere die Verbände der Krankenkassen sahen sich jedoch nicht in der Lage, noch 2021 mit Verhandlungen zu beginnen.

Zudem haben sich die Verbände der Leistungserbringer im Sommer 2021 an die Kostenträger gewandt und gefordert, die Übergangsvereinbarung zu verlängern, da sonst die Finanzierungsgrundlage auslaufe. Die kommunalen Spitzenverbände erklärten sich dazu sofort bereit. Die Zustimmung der Krankenkassen wurde dank der Unterstützung des Sozialministeriums ebenfalls erlangt. Ende 2021 stand ein erster Verhandlungstermin der Landesrahmenvereinbarung für Februar 2022 in Aussicht.

Zentrales Thema war auch die Diskussion um eine einrichtungsbezogene Impfpflicht. (Siehe hierzu auch Seite 15.)

AUTORIN Brigitte Roth

Qualifizierung und Bildung – insbesondere auch digitale Kompetenzen – sind wichtige Faktoren bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie. Mit Geldern des Europäischen Sozialfonds können in Hessen Maßnahmen freier Träger gefördert werden.

Europäischer Sozialfonds Plus

In der Förderperiode 2021 bis 2027 wird der Europäische Sozialfonds zum Europäischen Sozialfonds Plus. Er ist ein Instrument zur Schaffung eines sozialen Europas, in dem die Bürger*innen vor Ort bei der Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen unterstützt werden sollen. Hauptziel des ESF+ ist es, zu einem sozialeren Europa beizutragen und die europäische Säule sozialer Rechte in die Praxis umzusetzen. Für den ESF+ Hessen stehen 169,2 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt zur Verfügung.

Der ESF+ konzentriert sich auf unterschiedliche Zielgruppen. Dazu gehören Menschen mit Qualifizierungsbedarfen, wie Schüler*innen, Auszubildende, Beschäftigte, Menschen, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, sowie Studierende und Hochschulabsolvent*innen. Ebenso werden arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Erwachsene, insbesondere Frauen, und benachteiligte junge Menschen am Übergang zwischen Schule und Beruf in den Fokus genommen.

Start der Förderung ab 2022

Der ESF+ verfolgt in der Förderperiode 2021 bis 2027 insgesamt 13 Ziele. Davon wurden für das hessische Programm zwei Ziele ausgewählt: der gleichberechtigte Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung sowie die aktive Inklusion und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit. Damit können auch verschiedene Zielgruppen der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen von der Förderung profitieren. Die einzelnen Förderprogramme starten jedoch frühestens im Jahr 2022. (Info-Quelle: www.esf-hessen.de/esf-hessen/der-esf-plus-in-hessen)

REACT-EU

Mit REACT-EU hat die Europäische Union die Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie unterstützt. Auch in Hessen führte die Pandemie zu einem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer verstärkten Zunahme psychischer Beeinträchtigungen in der Bevölkerung. Insbesondere die Zielgruppen der Arbeitsmarktförderung, wie benachteiligte Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund und/oder geringen Deutschkenntnissen benötigen angesichts der rasanten Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen Hilfestellung in vielfältiger Hinsicht. Notwendig ist auch eine verstärkte Unterstützung bei der Entwicklung digitaler Kompetenzen.

Die Europäische Kommission hatte für das Jahr 2021 für die Durchführung von Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds in Hessen 41 Millionen Euro bereitgestellt. Vor diesem Hintergrund setzte der ESF-Hessen beim Einsatz der REACT-EU-Mittel zur Krisenbewältigung auf zwei Schwerpunkte: die Unterstützung bei der Krisenbewältigung und dem Aufbau struktureller Resilienz der regionalen Arbeitsmärkte sowie die Digitalisierung in der Arbeitsmarktförderung.

AUTOR Artur Louis

In Hessens Frauenhäusern fehlen Betten und Mitarbeiterinnen. Frauen und Kinder mit Traumatisierung oder anderen besonderen Problemen können nicht immer bedarfsgerecht unterstützt werden.

Mehr häusliche und sexualisierte Gewalt gemeldet

Corona hielt auch 2021 die Mitgliedsorganisationen aus dem Frauen- und Mädchenbereich in Atem. Digitale Beratungen, aber auch andere kreative Angebote haben sich zu einem festen Bestandteil der alltäglichen Praxis entwickelt.

Mit dem ersten Lockdown ging die Sorge vor einer Zunahme an häuslicher und sexualisierter Gewalt einher. Inzwischen liegen konkrete Zahlen vor. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen" berichtet für das Jahr 2020 beispielsweise von einem Anstieg des Beratungsaufkommens um 15 Prozent. Auch Beratungsstellen, die zum Paritätischen Hessen gehören, vermelden einen Anstieg der Anfragen beziehungsweise komplexere Beratungsfälle. Die kriminalstatistische Auswertung des Bundeskriminalamts zu Partnerschaftsgewalt verzeichnet für 2020 eine Zunahme um 4,9 Prozent. Laut polizeilicher Kriminalstatistik für Hessen gab es 2020 eine Zunahme an häuslicher Gewalt um knapp acht Prozent. Allerdings sind dies nur die angezeigten Fälle. Offen bleibt zudem, ob eine größere Aufmerksamkeit für das Thema in der Öffentlichkeit zu einem geänderten Anzeigeverhalten führt oder ob die gestiegenen Zahlen auf die angespanntere Situation in Familien während des Lockdowns zurückzuführen sind. Es ist davon auszugehen, dass der Lockdown es Frauen erschwert hat, sich aus Gewaltverhältnissen zu lösen und Zugang zum Hilfesystem zu erhalten.

Hilfesystem weiterhin an der Belastungsgrenze

Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, haben schon vor der Corona-Pandemie an der Belastungsgrenze gearbeitet. Laut einem Positionspapier der Frauenhäuser in Hessen werden nicht einmal ansatzweise die von verschiedenen Fachverbänden empfohlenen Personalschlüssel erreicht. Eine Umfrage der Landesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauenhäuser im Juni 2021 hat ergeben, dass knapp 70 Prozent der Einrichtungen nicht einmal über die Hälfte der empfohlenen Personalressourcen verfügen. Kein einziges autonomes Frauenhaus in Hessen ist mit einem Personalschlüssel ausgestattet, wie er in den Standards des Paritätischen für die Arbeit in Frauenhäusern gefordert wird. Diese halten einen Personalschlüssel von eins zu vier für erforderlich. Dies empfiehlt auch die bundesweite Frauenhauskoordinierung.

Die personelle Unterbesetzung führt nicht nur zu einer Überlastung der Mitarbeiterinnen, sondern geht auch zu Lasten der Betroffenen. Frauen und Kinder mit Traumatisierung oder anderen besonderen Problemen können nicht immer bedarfsgerecht unterstützt werden. Und auch die notwendige Präventions-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit kommt zu kurz. Zudem fehlen laut Schätzungen in Hessen rund 300 Familienzimmer mit 800 Betten, die gemäß Istanbul-Konvention entsprechend der Bevölkerungszahl vorgehalten werden müssten. Notwendig ist aus Sicht des Paritätischen eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der personellen Unterversorgung im Gewaltschutzbereich, ohne die eine Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hessen nicht gelingen wird.

Schwangerschaftskonfliktberatung auf sichere Basis stellen

Die hessische Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen zu stärken. Von etwa 80 Beratungsstellen in Hessen sind rund 30 Mitglieder des Paritätischen. Im Rahmen der Novellierung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (HAGSchKG) hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen eine Stellungnahme abgegeben und wurde im Sozialausschuss angehört. Gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden der Liga Hessen hat der Paritätische gefordert, dass eine Neuregelung des HAGSchKGs verlässliche und krisenfeste finanzielle Rahmenbedingungen schaffen muss. Auch die Digitalisierung und pandemiebedingte Herausforderungen müssen berücksichtigt werden.

AUTORIN Kristina Nottbohm

GRUNDSATZ

Nachhaltigkeit ist mehr als Ökologie

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Paritätischen Hessen im November 2021 wurden praktische Beispiele vorgestellt, wie soziale Organisationen nachhaltiges Handeln gestalten können. Denn Ökologie und soziale Gerechtigkeit sind eng miteinander verknüpft und müssen zwingend zusammen gedacht werden. Einige Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen haben sich Nachhaltigkeit schon als Schwerpunkt gesetzt, so etwa die Lebenshilfe Frankfurt und der Verein Miteinander – Füreinander Oberes Fuldatal.

Rückenwind für nachhaltiges Handeln bringt die 2015 verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen, kurz: Nachhaltigkeitsagenda. Sie ist ein globaler Plan zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands sowie zum Schutz unseres Planeten. Herzstück der Agenda sind 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals = SDGs), von denen einige bereits von Organisationen aus dem sozialen oder Umweltbereich in der Praxis umgesetzt werden. Denn Armutsbekämpfung oder ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten streben viele soziale Organisationen genauso an wie Maßnahmen zur Klimaverbesserung und Ressourcenschutz. Der Paritätische fordert, die ökologische Wende sozial gerecht zu gestalten: Höhere Benzinpreise beispielsweise müssen einhergehen mit einem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Wärmedämmung und neue Heizung dürfen nicht dazu führen, dass die Miete steigt. Damit sich alle Menschen nachhaltiges, gesundes Essen leisten können, müssen Mindestlöhne und Hartz-IV-Regelsätze steigen.

Die 17 Agenda-Ziele sind:

1: Armut in all ihren Formen und überall beenden.
2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.
5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.
6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.
7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.
13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.
14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.
15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation (Verschlechterung der Bodenqualität, Anm. d. Red.) beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.
16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.
17: Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Deutschland hat einen Rahmenplan zur Ausführung der Agenda 2030 verfasst, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.

Das Regionale Informationszentrum der Vereinten Nationen in Westeuropa hat eine Liste zusammengestellt, die aufzeigt, wie jeder Mensch sich mit wenig Aufwand beteiligen kann: https://unric.org/de/17ziele

AUTORINNEN Annette Wippermann, Barbara Helfrich

Corona und die Regeln zum Schutz vor Ansteckung gehören in den Kitas zum Alltag.

KINDER- UND JUGENDHILFE

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Nach mehreren Anläufen wurde die Reform des Sozialgesetzbuchs VIII im Jahr 2021 vollzogen und das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz auf den Weg gebracht – wobei der ganz große inklusive Wurf einer Zusammenführung der Kinder und Jugendlichen in einem Gesetz noch bis 2028 auf sich warten lassen wird. Die Referate des Paritätischen Hessen sind untereinander bereits im Austausch, um sich auf die kommende Herausforderung vorzubereiten. Eingebracht hat sich der Verband auch in die Diskussion um die durch die SGB-VIII-Reform gegebenen Möglichkeiten, landesrechtliche Regelungen implementieren zu können – beispielsweise zu einer Landes-Ombudsstelle und zur Schulsozialarbeit.

In einem weiteren Gesetzgebungsverfahren wurde der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler*innen festgeschrieben. Es wurde eine Arbeitsgruppe im Rahmen der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe gegründet, die sich in mehreren Veranstaltungen mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Es wurden drängende Fragen diskutiert und sich abzeichnende Problemlagen aufgezeigt. Ziel des Paritätischen Hessen ist es, sich in die Umsetzung des Rechtsanspruchs und in die Gestaltungsprozesse einbringen zu können.

„Zurückholen" statt „Aufholen"

Im ersten Corona-Jahr wurden Kinder und Jugendliche kaum als Gruppe wahrgenommen, die unter den weitreichenden Pandemie-Maßnahmen zu leiden hatte. 2021 änderte sich das, allerdings folgte daraus nicht, dass sich die Situation für Kinder und Jugendliche sowie für Mitarbeiter*innen in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ausreichend verbesserte. Programme wie „Aufholen nach Corona" sollten den Kindern und Jugendlichen vor allem in schulischen Bereichen helfen, formale Bildung aufzuholen. Mit der Prämisse „aufholen" wurde und wird jedoch bisweilen zusätzlicher Druck auf die jungen Menschen ausgeübt, anstatt sie dort abzuholen, wo sie sich aktuell befinden. Nicht nur leistungstechnisch, sondern gerade und besonders emotional und sozial. Denn in Schule und Jugendarbeit geht es bei vielen jungen Menschen eher um ein „Zurückholen aus Corona", um ein Auffangen der starken seelischen Belastungen und um eine gute Begleitung. Für Erholung und außerschulische Freizeit- und Bildungsangebote können Träger der Kinder- und Jugendhilfe Gelder für Projekte beantragen. Leider mangelt es vielerorts jedoch an den dafür nötigen personellen Kapazitäten.

Neue Fachgruppe Kita

Der Erweiterung des Referats Kinder- und Jugendhilfe beim Paritätischen Hessen um eine halbe Stelle im Jahr 2020 wurde auch mit der Gründung einer Fachgruppe Kita Rechnung getragen. Sie soll den Bereichen Kita und frühkindliche Bildung mehr Raum geben.

Der Alltag im Bereich der Kindertagesbetreuung war nach wie vor geprägt von sich permanent wandelnden Anpassungsanforderungen an alle Beteiligten – Kita-Beschäftigte, Träger, Kinder und Eltern. Hygienekonzepte, Arbeit in geschlossenen Gruppen, Öffnungsschritte hin zur Regelbetreuung unter Pandemiebedingungen und vieles mehr gehörten dazu. Sich immer wieder ändernde Vorgaben erschwerten das pädagogische Arbeiten und führten zu eingeschränkten Betreuungszeiten. Dies brachte Familien nicht selten in Bedrängnis und Fachkräfte in die schwierige Position der Schnittstelle zwischen Gesetzgebung und Elternkontakt. Die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft muss vielerorts neu mit Leben gefüllt und durch so selbstverständlich geglaubte Formate wie Elternabende die Elternbeteiligung in all ihren Facetten wieder zur Routine werden. Dafür braucht es Zeit und Energie.

In der Kindertagesbetreuung und der Kindertagespflege wie auch in den vielfältigen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe haben Mitarbeiter*innen große Anstrengungen unternommen und viel Kreativität bewiesen, um Kinder und Jugendliche gut durch die Corona-Zeit zu begleiten und ihnen in dieser schwierigen Lebenssituation bestmöglich Halt zu geben.

AUTOR*INNEN Eric Gumlich, Dr. Daniela Wehrstein

Integration im Schatten der anhaltenden Pandemie

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie waren die Träger im Migrations- und Flüchtlingsbereich stark gefordert, um die negativen Auswirkungen auf die Integration ihrer Klient*innen abzumildern. Beratungs-, Bildungs- und Sprachlernangebote mussten zwischen Digital- und Präsenzformaten ständig neu austariert werden. Nur aufgrund der hohen Flexibilität der Träger und ihrer Mitarbeiter*innen konnten die Angebote für Migrant*innen und Flüchtlinge in Zeiten anhaltender Kontaktbeschränkungen fortgesetzt werden. Dabei galt es, sowohl sprachliche als auch technische Hürden zu überwinden. Gleichzeitig stieg weiterhin die Zahl der Beratungs- und Unterstützungsanfragen von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund. Ein Grund dafür war, dass die Behörden ihre Präsenz-Sprechstunden vielerorts immer noch eingeschränkt hatten.

Keine integrationspolitischen Gegenmaßnahmen auf Landesebene

Das hessische Sozial- und Integrationsministerium entwickelte auch im zweiten Pandemiejahr keine landesweite Strategie, um die nachteiligen Folgen der Pandemie-Maßnahmen für die Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund zu bewältigen. Auch notwendige Maßnahmen zur Stärkung der freigemeinnützigen Integrationsträger blieben aus.

Appell für eine Wende in der hessischen Flüchtlingspolitik

Anfang September 2021 veröffentlichte der Paritätische Hessen in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen eine kritische Halbzeitbilanz der Arbeit der schwarz-grünen Landesregierung. Das Bündnis stellte fest: Die Flüchtlingspolitik in Hessen ist mehr als in anderen Bundesländern geprägt von Ausgrenzung, Abschiebungen, Arbeitsverboten sowie dem Druck auf Geflüchtete, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Das Bündnis untermauerte diese Kritik mit der Dokumentation von Fällen aus der Praxis, die belegen: Hessen hat sich von der noch 2015 propagierten Willkommenskultur mittlerweile weit entfernt. Bundesgesetzliche Ermessensspielräume, mit denen Geflüchteten Integrationschancen und Bleibeperspektiven gewährt werden könnten, bleiben in Hessen ungenutzt. Stattdessen zeigen die Praxisfälle, dass auffällig viele gut integrierte Menschen abgeschoben wurden – obwohl sie die Voraussetzungen für Bleiberechtsregelungen bereits erfüllten oder in Kürze erfüllt hätten. Angesichts dieser alarmierenden Befunde appellierte das Bündnis für eine Wende in der hessischen Flüchtlingspolitik. Die appellierenden Organisationen forderten die Landesregierung auf, die Ausrichtung der Flüchtlingspolitik in Hessen grundlegend zu überprüfen und neu zu justieren und währenddessen ein Abschiebungsmoratorium zu beschließen.

Migrationsrechtliche Schulungs- und Beratungsangebote

Auch 2021 bot das Referat den Mitgliedsorganisationen ein breites Spektrum exklusiver Schulungen zu Themen des Migrations(sozial)rechts. Im Fokus standen dabei das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, existenzsichernde Leistungen für Unionsbürger*innen, Frauen im Asylverfahren, der Zugang zu Ausbildung und Arbeit für Asylsuchende und Geduldete sowie die Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung als Perspektiven der Aufenthaltsverfestigung. Weitere acht Fortbildungen organisierte der Paritätische gemeinsam mit anderen Organisationen in der Reihe „Qualifizierter mit Flüchtlingen arbeiten", darunter allein drei zur Lage in Afghanistan und den Folgen der Machtübernahme der Taliban für die asyl- und aufenthaltsrechtliche Beratungspraxis.

Darüber hinaus konnten Mitgliedsorganisationen weiterhin eine fachkompetente Rechtsberatung für ausländerrechtliche Einzelfall-Anfragen durch eine vom Verband beauftragte externe Juristin nutzen.

AUTORIN Lea Rosenberg

Housing-First-Konzepte sollen Jugendliche vor Wohnungslosigkeit schützen.

SOZIALE NOTLAGEN

Corona-Pandemie trifft wohnungslose Menschen besonders

Die Einrichtungen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe haben im zweiten Jahr der Corona-Pandemie eine gewisse Routine entwickelt, was Hygiene- und Schutzmaßnahmen bei der Betreuung der Klient*innen angeht. Die Angebote der Wohnungslosenhilfe waren – wie schon im Vorjahr – durchgehend geöffnet. Dies ist umso wichtiger, weil von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen besonders unter der Pandemie und den Folgen leiden. Daneben haben die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen dazu beigetragen, dass viele wohnungslose Menschen, die im Zuge der Impf-Kampagne organisierten Impf-Angebote in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nutzen konnten.

Angebotsvielfalt erhalten

Der Rahmenvertrag nach Paragraf 80 des Sozialgesetzbuchs XII wurde zwar in den Vorjahren aktualisiert, die Finanzierungsmodalitäten waren aber ausgeklammert und eine Übergangsregelung bis Ende 2021 geschaffen. Dementsprechend wurden Verhandlungen im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Vertragskommission SGB XII fortgeführt. Ziel war es, die am Bedarf der Klient*innen ausgerichteten Angebote in ihrer Vielfalt durch eine gute Finanzierungsstruktur zu erhalten. Dies ist auch weitestgehend gelungen. Zudem konnte eine Verbesserung der hessenweit einheitlichen Fallpauschale im Betreuten Wohnen nach den Paragrafen 67ff. des SGB XII erreicht werden. Die Fachgruppenmitglieder waren durch eine aus ihren Reihen gebildete Begleitgruppe eng in den Verhandlungsprozess eingebunden. Dieses Engagement hat sicherlich zu dem positiven Verhandlungsergebnis beigetragen.

Projekt für Kinder von Inhaftierten

Kinder von Inhaftierten befinden sich in einer besonderen, oft sehr schwierigen Lebenssituation. Sie als eigenständige Zielgruppe wahrzunehmen, ihre Bedürfnisse zu erkennen und entsprechende Unterstützung nachhaltig zu leisten und einzufordern, ist dringend erforderlich. Deswegen begleitet der Paritätische Hessen das von der Aktion Mensch geförderte Projekt „Kinder im Mittelpunkt“ seiner Mitgliedsorganisation AKTION – Perspektiven für junge Menschen und Familien e. V. aus Gießen. Ein gemeinsam veranstalteter Online-Fachtag mit dem Titel „Kinder von inhaftierten Eltern – Herausforderungen und Perspektiven für die soziale Arbeit“ hatte das Ziel, Jugendhilfe, Justiz und Politik auf die problematische Situation betroffener Familien aufmerksam zu machen. Die Veranstaltung im November stieß auf große Resonanz.

Wichtige Vorhaben der Koalition

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält nach Bewertung der Fachgruppe Soziale Notlagen einige politische Vorhaben, die der Paritätische schon lange fordert und ausdrücklich begrüßt: Im Bereich Straffälligenhilfe gibt es zwar nur wenige Vorhaben, jedoch nimmt sich die Koalition vor, das Sanktionssystem einschließlich Ersatzfreiheitsstrafen, Maßregelvollzug und Bewährungsauflagen zu überarbeiten. Auch wollen die Koalitionspartner arbeitenden Menschen in Haft eine reguläre Mitgliedschaft in der Rentenversicherung ermöglichen. Zum Zugang zur Pflege- und Krankenversicherung gibt es im Koalitionsvertrag indes keine Ausführungen. Gerade letzteres wird seit langem vom Paritätischen gefordert.

Im Bereich Wohnungslosenhilfe setzt sich die Koalition große Ziele: Geplant ist ein nationaler Aktionsplan mit dem Ziel, Wohnungslosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2030 zu überwinden. Weiter will die Bundesregierung Wohnungslosen den Zugang zur Krankenversicherung erleichtern. Jugendliche sollen durch Housing-First-Konzepte vor Wohnungslosigkeit geschützt werden.

AUTOR Lars Lauer

Die Debatte über eine einrichtungsbezogene Impfpflicht sorgte bei den Trägern für Befürchtungen, dass Personal das Berufsfeld verlässt.

Virtueller Austausch hat sich bewährt

Auch im Jahr 2021 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe Soziale Psychiatrie monatlich zu einem einstündigen virtuellen Austausch. Aus Sicht der Teilnehmenden hat sich das im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geschaffene Austauschformat sehr bewährt. Im Austausch ging es im Wesentlichen um tagesaktuelle Themen wie Covid-19 und die Auswirkungen der coronabedingten gesetzlichen Regelungen auf Bundes- wie auf Landesebene für die Träger unter dem Dach des Paritätischen.

Debatte um einrichtungsbezogene Impfpflicht

Ging es Anfang 2021 noch um Verfahren und Organisation der Impfungen von Leistungsberechtigten und Beschäftigten, stand am Ende des Jahres die einrichtungsbezogene Impfpflicht mit all ihren rechtlichen, organisatorischen und gesellschaftspolitischen Facetten im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei bewegte die Träger die Frage, wie das konkrete Verfahren aussehen werde, und auch die Sorge, ob bei Inkrafttreten einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht überhaupt noch ausreichend Personal zur Unterstützung der Klient*innen zur Verfügung stehen würde. Denn in den Reihen des Personals stieß das Vorhaben einer Impfpflicht bei vielen auf eine kritische Haltung.

Weitere Dauerthemen waren die Praxis der Leistungsgewährung des Landeswohlfahrtsverbands Hessen und die Umstellung der Bedarfserhebung auf das neue Instrument „Personenzentrierte Teilhabeplanung“ (PiT).

Zudem hat sich die Fachgruppe mit dem Thema „trägerorganisierte Wohngemeinschaften nach dem Hessischen Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen“ (HGBP) beschäftigt.

So berichteten die Träger von unterschiedlichen Erfahrungen mit den örtlichen Betreuungs- und Pflegeaufsichten hinsichtlich der Frage, ob Wohngemeinschaften von Menschen mit psychischen Erkrankungen unter den Anwendungsbereich des Hessischen Betreuungs- und Pflegegesetzes fallen oder nicht. Die Konzepte der Träger für Wohngemeinschaften sind sehr unterschiedlich. Das Spektrum reicht von der Schaffung von Wohnraum mit dem Angebot befristeter Leistungen der Eingliederungshilfe unabhängig vom Träger des Wohnraums bis hin zur konzeptionell gekoppelten Unterstützungs- und Wohnleistung.

Eine kleine Delegation der Fachgruppe sollte ein Gespräch mit Vertreter*innen des Regierungspräsidiums Gießen zu den Grenzen und Möglichkeiten für Wohngemeinschaften für Menschen mit psychischen Erkrankungen führen. Der avisierte Termin musste leider coronabedingt abgesagt werden.

Beratung über Soziotherapie

Weiteres fachliches Thema war die Finanzierung und Erbringung von Soziotherapieleistungen, beispielsweise um eine ambulante Betreuung zu ermöglichen. Träger berichteten von einer steigenden Nachfrage, zum Beispiel von einzelnen Gesundheitsämtern. Aber die Verhandlungen mit den Verbänden der Krankenkassen seien schwierig. Auch der erreichbare Stundensatz sei sehr niedrig im Vergleich zu den hohen Anforderungen an Personal und Räumlichkeiten.

AUTORIN Brigitte Roth

Soziale Isolation und zunehmender Stress infolge der Corona-Pandemie haben bei vielen Menschen die Suchtprobleme verschärft.

Vertreter*innen der Fachgruppe Suchthilfe werden sich weiterhin intensiv an der innerverbandlichen und fachgruppenübergreifenden „Arbeitsgruppe BTHG" beteiligen und die Interessen der Mitgliedsorganisationen in die Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag einbringen.

Corona-Pandemie verschärft Sucht-Problematik

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen – massive Einschränkungen sozialer Kontakte und zusätzlicher Stress – führen laut ersten Studien und nach Meinung vieler Expert*innen zu besonders hohen Belastungen von Suchtkranken. Infolgedessen nimmt der problematische Konsum von legalen wie illegalen Drogen zu. Die Auswirkungen zeigen sich bei den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen im Bereich der Suchthilfe: Sie berichten von vielen Rückfällen, Krisen bei langjährigen Klient*innen und einer erhöhten Anzahl von Anfragen und Gesprächen bei Suchtberatungsstellen und den weiteren Angeboten der Sucht- und Drogenhilfe.

Wie im ersten Corona-Jahr ist es den Paritätischen Einrichtungen auch in 2021 gelungen, nahezu alle Angebote für Suchterkrankte und deren Angehörige aufrechtzuerhalten. Sämtliche Suchtberatungsstellen in freier Trägerschaft waren für Klient*innen weiterhin da – wenn auch in geänderter Form und unter Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln. Vielerorts wurde auf telefonische beziehungsweise Video-Beratung umgestellt – bei Bedarf wurden Präsenztermine angeboten. Bei Menschen im betreuten Wohnen wurde der Kontakt via Telefon, Messenger oder an der frischen Luft fortgeführt, lediglich Gruppenangebote in diesem Rahmen mussten vielerorts ausfallen. Angebote der Sucht-Selbsthilfe, die im Vorjahr aufgrund entsprechender gesetzlicher Regelungen ausfielen, konnten sukzessive wieder geöffnet werden.

Umsetzungsprozess BTHG

Der Umsetzungsprozess zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) war fortlaufend Thema bei den gemeinsamen Sitzungen der Fachgruppen Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie. Die Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag verzögerten sich coronabedingt und werden 2022 fortgesetzt – das Fachreferat und die

Positionierung zur geplanten Freigabe von Cannabis

Auf Bundesebene hat die Ampel-Koalition vereinbart, die Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizensierten Fachgeschäften zu erlauben. Die Fachgruppe Suchthilfe sieht dies als richtigen Schritt hin zu einer modernen Drogenpolitik, weil so endlich die realistische Chance besteht, im Sinne des Jugendschutzes eine Alterskontrolle einzuführen und dafür zu sorgen, dass Cannabis-Konsument*innen keine verunreinigten Produkte verkauft werden. Die Werbung für Cannabis sollte jedoch strikt verboten werden. Zentral ist bei der Legalisierung aus Sicht der Suchthilfe, dass damit eine deutliche Stärkung der Suchtprävention und -beratung einhergeht. Zusätzliche Staatseinnahmen durch eine eventuelle Cannabis-Steuer sollten vorrangig spezialisierten Beratungsstellen zugutekommen. Bislang sind viele der mehr als 70 Drogen- und Suchtberatungsstellen in Hessen nicht ausreichend ausgestattet, da sie eine freiwillige Leistung der Kommunen sind. Der Paritätische Hessen fordert, dass ein der Einwohner*innenzahl angemessenes Angebot in der Suchtberatung eine Pflichtleistung in der sozialen Daseinsvorsorge wird. Zudem müssen digitale Suchtberatungsangebote ausgebaut werden.

Neues Duo vertritt die Fachgruppe

Turnusgemäß stand 2021 die Wahl der Fachgruppensprecher*in an. Zum großen Bedauern der Fachgruppe kandidierte Mechthild Rau, geschäftsführende Vorständin der Offenbacher Arbeitsgruppe e. V. – Suchthilfezentrum Wildhof, aufgrund ihres nahenden Ruhestands nach fast zwei Jahrzehnten nicht erneut. Die Fachgruppe dankte Mechthild Rau für jahrelanges erfolgreiches Engagement. Als Nachfolgerin wurde die bisherige Stellvertreterin Ingrid Müller (Suchthilfe Wetzlar e. V.) gewählt. Stellvertretende Fachgruppensprecherin ist Panja Schweder (VIS – Verein für Integration und Suchthilfe e. V.).

AUTOR Lars Lauer

Das komplexe Hartz-IV-Chaos versinnbildlicht in nur einer Aufnahme – entstanden ist sie in der Sendung ZDF Royale mit Jan Böhmermann.

Als Expertin in der Satiresendung ZDF Royale

Der Satiriker Jan Böhmermann rechnete im April in seiner Late-Night-Show ZDF Royale mit dem gescheiterten Hartz-IV-System ab und kreierte unter Einsatz von Schokosauce, Buchstabennudeln und Hammer „Das ultimative Hartz-IV-Symbolbild".
Als Expertin in der Sendung zugeschaltet: Annette Wippermann, Referentin für Arbeitsmarktpolitik und Grundsatzfragen beim Paritätischen Hessen. Sie kritisierte unter anderem, dass Hartz IV den Niedriglohnsektor stabilisiert. Die Sendung hatte 3,8 Millionen Zuschauer und wurde auf YouTube im Laufe des Jahres rund 1,5 Millionen Mal aufgerufen.

Auf die Armutsproblematik konnte der Paritätische Hessen jedoch nicht nur in diesem außergewöhnlichen Format aufmerksam machen, sondern auch mit seiner Pressemitteilung zum Armutsbericht, die zum Jahreswechsel von Fernsehen, Hörfunk, Nachrichtenagenturen und Zeitungen aufgegriffen wurde. „Die Armutsentwicklung in Hessen ist alarmierend", wurde dabei Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi zitiert. Denn die Armutsquote stieg in Hessen im ersten Jahr der Corona-Pandemie überdurchschnittlich um 1,3 Prozentpunkte auf 17,4 Prozent, während sie im Bundesdurchschnitt nur um 0,2 Prozentpunkte auf 16,1 Prozent wuchs.

Benachteiligt in der Corona-Krise

Die Corona-Krise trifft marginalisierte Menschen ungleich stärker. Darauf machte der Paritätische in mehreren Pressemitteilungen aufmerksam und forderte unter anderem mehr Unterstützung für Jugendliche beim Start ins Erwerbsleben, mobile Impfangebote und kostenlose medizinische Masken für benachteiligte Gruppen. Im Zusammenhang mit der Pandemie nahm der Verband zudem Stellung zur angespannten Situation sozialer Einrichtungen. Er appellierte an die Landesregierung, Kitas bei der Rückkehr zur Normalität zu unterstützen. Dazu veröffentlichte die Frankfurter Neue Presse ein Interview mit Eric Gumlich und Daniela Wehrstein vom Paritätischen Hessen. Eine Kernforderung darin: Kinder und Jugendliche müssen beim Umgang mit der Pandemie mehr in den Fokus gestellt werden, ihre Interessen wurden zu lange vernachlässigt.

Auch weitere Fachreferent*innen und Regionalgeschäftsführer*innen des Paritätischen Hessen waren für Medien Ansprechpartner*innen für Fragen rund um die Corona-Pandemie. So kam beispielsweise Lea Rosenberg, Referentin für Migration, Flucht und Asyl, in der Hessenschau zur Situation in Erstaufnahmeeinrichtungen zu Wort. In diesen Unterkünften ist die Ansteckungsgefahr für Geflüchtete mehr als doppelt so hoch wie für den Bevölkerungsdurchschnitt. Das Thema Flucht und Asyl war ein weiterer Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit: Der Paritätische Hessen kritisierte, dass aus Hessen Menschen in Krisengebiete wie Somalia und Afghanistan abgeschoben wurden. Unter dem Titel „Schluss mit der systematischen Desintegration in Hessen!" forderte er mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis die Landesregierung zur Wende in der Flüchtlingspolitik auf.

Positionierung für solidarisches Handeln

Weitere Themen in der Pressearbeit waren unter anderem die geplante Legalisierung von Cannabis, die aus Sicht des Paritätischen Hessen mit einer Stärkung der Prävention und Suchtberatung einhergehen muss, und die Forderung, Kinder und Jugendliche besser vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Durch die Corona-Pandemie hat die sexuelle Ausbeutung Minderjähriger gerade online erschreckend zugenommen.

Resonanz in den Medien fand auch die Veröffentlichung des Positionspapiers „Für ein solidarisches Handeln in der Corona-Pandemie", in dem sich der Paritätische Hessen im Dezember von Verschwörungserzählungen distanzierte: Die antisemitischen, rassistischen und antifeministischen Haltungen, die in dieser Szene Platz greifen, sind unvereinbar mit unseren Grundwerten Vielfalt, Offenheit und Toleranz.

AUTORIN Barbara Helfrich

SERVICE UND SCHWERPUNKTE

Atemberaubende Geschwindigkeit bei der Änderung rechtlicher Vorgaben

Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden gesetzlichen Regelungen nahmen 2021 einen großen Raum bei der juristischen Beratung der Mitgliedsorganisationen ein. Vor allem Träger in den Bereichen der Alten- und Behindertenhilfe waren von diesen Regelungen in besonderem Maße betroffen. Sie hatten aufgrund der teils atemberaubenden Geschwindigkeit, in der die gesetzlichen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene zur Bekämpfung der Pandemie geändert wurden, einen steten Beratungsbedarf. Aber auch Mitgliedsorganisationen aus den anderen Bereichen der sozialen Arbeit fragten verstärkt juristische Beratung nach, da die Regelungen zur Pandemiebekämpfung unter anderem auch erhebliche Auswirkungen auf arbeitsrechtliche Aspekte und den Arbeitsalltag mit sich brachten.

Zum Ende des Jahres 2021 sorgte insbesondere die Einführung der sogenannten einrichtungsbezogenen Impfpflicht für einen hohen Beratungsbedarf. In zahlreichen individuellen Beratungen, aber auch im Rahmen von verschiedenen, meist digitalen Veranstaltungen erläuterte das Referat die Vorgaben und Auswirkungen dieser Regelungen und informierte über die dynamischen Veränderungen im juristischen Verständnis dieser Vorschrift. Da die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ihre eigentlichen Auswirkungen erst im Laufe des Jahres 2022 zeigen dürfte, ist zu erwarten, dass dieses Thema weiterhin aktuell bleibt.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung

Einen weiteren Schwerpunkt in der juristischen Beratung und Information bildete das im Juli 2021 verkündete Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG). Dieses Gesetz soll unter anderem eine tarifliche Entlohnung von Pflege- und Betreuungskräften ab September 2022 sicherstellen. Mitgliedsorganisationen aus dem Bereich der Alten- und Behindertenhilfe sehen sich hier mit zusätzlichen juristischen und betriebswirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Bei deren Bewältigung steht der Landesverband Hessen den betroffenen Mitgliedern mit individueller Beratung zur Seite.

Zudem wird es auch diverse Veranstaltungen geben, um ein umfassendes Bild der gesetzlichen Vorgaben zu vermitteln und den Mitgliedsorganisationen auch auf diesem Weg konkret Hilfestellung in der Umsetzung zukommen zu lassen.

Verstärkt Beratung zur Organisation als gemeinnützige GmbH

Neben der Beratung zu diesen großen aktuellen juristischen Themen leistete das Fachreferat die gewohnte Rechtsberatung in Fragen des Satzungs-, Vereins- und Gemeinnützigkeitsrechts. Dabei ist die Tendenz zu beobachten, dass Mitgliedsorganisationen verstärkt gesellschaftsrechtliche Beratung anfragen. Die Organisation in der Rechtsform der gemeinnützigen GmbH hat einen immer größer werdenden Anteil.

Darüber hinaus ist das Referat Recht auch in verschiedenen Gremien vertreten. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) ebenfalls eine umfangreiche Reform im SGB VIII umzusetzen hat, ist das Referat Recht engagiert.

Daneben ist das Referat auch darum bemüht, den Referentinnen und Referenten der sozialen Arbeit bei ihren referatsspezifischen Fragestellungen juristisch mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und auch so mittelbar die Mitgliedsorganisationen zu unterstützen.

AUTOR Markus Frank

BETREUUNGSVEREINE

Wer ehrenamtlich als rechtliche*r Betreuer*in tätig ist, findet bei den Betreuungsvereinen des Paritätischen Hessen vielfältige Unterstützung.

Vorbereitungen auf die Reform des Betreuungsrechts

Seit Februar 2021 hat der Arbeitsbereich „Betreuungsvereine" im Paritätischen Hessen eine neue Referentin. Dadurch konnten die Betreuungsvereine, die Mitglied im Landesverband sind, wieder kontinuierlich mit Informationen versorgt werden. Neben dem Kennenlernen der Mitglieder und ihrer spezifischen Vereinsstruktur ist die fachliche Vertretung auf Landesebene ein wichtiger Aufgabenbereich der Fachreferentin für Betreuungsvereine. Dies ist umso bedeutender angesichts der bevorstehenden Reform des Betreuungsrechts und der notwendigen Finanzierung.

Die Betreuungsvereine im Paritätischen Hessen werden regelmäßig online durch das „Info Betreuungsvereine" über die Entwicklungen der bevorstehenden Betreuungsrechtsreform informiert, die ab 2023 für erhebliche Veränderungen in den Betreuungsvereinen sorgen wird. Außerdem waren die kommenden Veränderungen Thema bei mehreren Fortbildungsveranstaltungen.

Um die Vorbereitung auf die bevorstehenden Reformen besser kennenzulernen, besuchte die Referentin Fortbildungsveranstaltungen als Videokonferenzen sowie als Präsenzveranstaltung, insbesondere im Sommer beim Deutschen Institut für Menschenrechte, das sich schwerpunktmäßig mit der „Unterstützten Entscheidungsfindung" auf Grundlage der Behindertenrechts-Konvention auseinandergesetzt hat.

Einsatz für Pflichtfinanzierung

Der Paritätische Hessen setzt sich auf Landesebene für die verpflichtende Finanzierung der Betreuungsvereine ein. Er hält seine Mitglieder engmaschig über Neuerungen auf dem Laufenden und bereitet sie auf die gesetzlichen Änderungen ab 2023 vor. Für 2022 zeichnete sich ab, dass für den notwendigen fachlichen Austausch unter den Betreuungsvereinen zumindest zeitweise wieder Präsenzveranstaltungen möglich sind.

AUTORIN Heidi Schlütter

Betreuungsvereine im Paritätischen Hessen

Unter dem Dach des Paritätischen Hessen gibt es 18 Betreuungsvereine. Sie informieren und beraten Interessierte zum einen rund um die Themen Rechtliche Betreuung, Betreuungsverfügung, Patient*innen-Verfügung und Vorsorgevollmacht. Darüber hinaus engagieren sie sich dafür, ehrenamtliche rechtliche Betreuer*innen zu gewinnen, schulen diese für ihre Tätigkeit und begleiten ihre Arbeit.

In vielen Betreuungsvereinen führen Mitarbeiter*innen als Vereinsbetreuer*innen auch selbst rechtliche Betreuungen, die wegen erhöhter Komplexität für ein Ehrenamt zu aufwändig wären.

FINANZ- UND BETRIEBSMANAGEMENT

Individuelle Begleitung

Die sich rasant verändernden Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und die Unsicherheiten, wie die Auswirkungen für die Mitgliedsorganisationen zu bewältigen sind, ließen die Beratungsanfragen im Hinblick auf das Finanz- und Betriebsmanagement stark steigen. Zumal auch geänderte Anforderungen an die fachliche Arbeit der Mitgliedsorganisationen finanzielle Auswirkungen mit sich brachten.

Die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen erfolgte im Wesentlichen im Rahmen von Videokonferenzen, aber auch per Telefon und E-Mail. Im Ausnahmefall wurden auch Präsenztermine vor Ort unter entsprechenden Hygieneauflagen durchgeführt. Im Fokus der Beratungen stand die auf den Einzelfall bezogene betriebswirtschaftliche und fachliche Unterstützung. Verstärkt nachgefragt wurde aber auch Beratung zu den jeweiligen Schutzschirmen und Fördermöglichkeiten (zum Beispiel nach Paragraf 150 SGB XI zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung, Sozialdienstleister-Einsatzgesetz, Weiterfinanzierung der Eingliederungshilfe, Programme des Integrationsamtes, Überbrückungshilfen, Förderangebote des Bundes, des Landes, aber auch der Gebietskörperschaften).

Darüber hinaus galt es, die coronabedingten Verordnungen, die kurzfristig von den Mitgliedsorganisationen umgesetzt werden mussten, entsprechend aufzubereiten und weiterzugeben. Dies geschah in enger Abstimmung mit den Referent*innen der Abteilung Soziale Arbeit und dem Rechtsreferenten.

Mitgestalten in Gremien auf Landes- und Bundesebene

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt ist die Vertretung der Mitgliedsorganisationen als Leistungserbringer in Gremien auf Landes- und Bundesebene. Dieses Aufgabenfeld wuchs infolge der Pandemie enorm. Auch in diesem Jahr wurden Verfahren vor den hessischen Schiedsstellen nach SGB XI und SGB XII und SGB IX verhandelt. Die Arbeit in der Querschnitts-AG Finanzen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege wurde fortgesetzt. Im Zusammenhang mit den Gesprächen mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wurde eine Ad-hoc-Umfrage zur finanziellen Situation der Einrichtungen und Dienste durchgeführt, um die Deckungslücken der sozialen Arbeit strukturiert darstellen zu können.

Selbstverständlich war auch die Vernetzung mit der Bundesebene wichtig, um neue Entwicklungen, aber auch Forderungen aus Hessen in den entsprechenden politischen Gremien zu platzieren. Die Abteilung wirkte zudem in den ständigen Arbeitskreisen Pflegesatz, Statistik und Frauenhäuser des Paritätischen Gesamtverbands mit.

Auf die regelhaften Verhandlungen mit den Kostenträgern wirkte sich die Pandemie ebenfalls aus: Diese fanden hauptsächlich nur noch virtuell statt, dafür aber in stark gestiegener Frequenz. Zu den üblichen Themen wie finanzielle Rahmenbedingungen und rahmenvertragliche Festlegungen kamen kurzfristige Anpassungen an die pandemiebedingten Auswirkungen hinzu. Diese galt es nicht nur zu verhandeln, sondern auch zeitnah mit den politischen Entscheidungsträgern und mit den Mitgliedsorganisationen und den Fachreferaten zu beraten und abzustimmen.

In der AG Stationäre Pflege (SGB XI) ebenso wie in der Eingliederungshilfekommission nach SGB IX, der Vertragskommission nach SGB XII und der Jugendhilfekommission nach SGB VIII konnten pauschale Fortschreibungsangebote für die Dienste und Einrichtungen verhandelt werden, die insbesondere bei dieser besonderen Lage eine vereinfachte Entgeltsteigerung ermöglichten.

Wichtig waren ebenso die Vorbereitungen der Rahmenverträge im Bereich des SGB IX/XI. Dabei konnten im SGB XII die Arbeiten für einen neuen Rahmenvertrag abgeschlossen werden. Die Rahmenverträge 1 bis 3 in der Eingliederungshilfe kommen ebenfalls langsam auf die Ziellinie.

AUTOR Oliver Rodenhäuser

Fördermittel

Der Paritätische Hessen bietet seinen Mitgliedsorganisationen einen besonderen Zugang zu Förder- und Drittmitteln (Bund, Länder, Soziallotterien, Stiftungen). Er unterstützte seine Mitgliedsorganisationen auch 2021 wieder mit Beratungen und individueller Hilfestellung zu Antragsvorhaben sowie mit fachlichen Stellungnahmen zu ausgewählten Projekten.

FÖRDERMITTEL

Fundraising und digitale Förderberatung

70 Mitgliedsorganisationen profitierten von einem umfangreichen Webinar zum Thema „10 Zeitfresser im Fundraising" in Zusammenarbeit mit einer Fundraising-Agentur. Neun Ausgaben der „Service-News" informierten die Mitgliedsorganisationen zu Förderaktionen und Ausschreibungen.

„Paritätisches Corona-Hilfsprogramm 2021"

Der Paritätische Hessen hat seine Anstrengungen um die Beratung seiner rund 840 Mitgliedsorganisationen noch einmal gebündelt und konzentriert. Um sie in der Krise auch finanziell verstärkt zu unterstützen, wurde das 2020 aufgelegte Sonderprogramm „Paritätisches Corona-Hilfsprogramm 2020" verlängert. Es umfasst rückzahlbare Darlehen und „verlorene Zuschüsse".

Aktion Mensch

Bezuschusst werden Investitionen und Projekte von Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe sowie Maßnahmen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. 2021 wurden 225 Anträge mit einem Volumen von 3.079.051 Euro bewilligt.

Stiftung Deutsches Hilfswerk/ Deutsche Fernsehlotterie

Die Stiftung fördert Vorhaben und soziale Maßnahmen in der Alten- und Gesundheitshilfe, der Flüchtlingshilfe, der Kinder- und Jugendhilfe sowie Hospize, Investitionen und Bauprojekte für alte und sozial benachteiligte Menschen und Quartiersentwicklung. 2021 wurden 650.326 Euro an Zuschüssen gezahlt, unter anderem für Projekte für traumatisierte und geflüchtete Menschen sowie Online-Beratung für junge Menschen, die von sexueller Gewalt betroffen sind.

GlücksSpirale

Die Lotterie „GlücksSpirale" stellte dem Paritätischen Hessen 80.266 Euro zur Verfügung. Damit ermöglichte diese Mitgliedsorganisationen vielfältige digitale beziehungsweise mit Präsenz gekoppelte Projekte und Investitionen in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Alten-, Sucht- und Behindertenhilfe, Ehrenamtliche Arbeit und Hilfen bei sozialen Notlagen.

Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

2021 gab es zwei Ausschüttungen aufgrund des Wegfalls einer Ausschüttung im Jahr 2020. Insgesamt wurden 199.165 Euro an 28 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Behindertenhilfe, Selbsthilfe, Gesundheit und Prävention weitergeleitet.

Bewilligungen durch den Finanzausschuss

2021 wurden Anträge auf Förderung durch die „Paritätische Mikroförderung" mit einem Volumen von 19.992 Euro von den Mitgliedern des Finanzausschusses bewilligt. Aus der Rücklage „Neue Technik in der Verbandsarbeit" wurden 40.000 Euro für die Anschaffung von Hard- und Software sowie zur Homepagegestaltung bewilligt.

Rahmenverträge

Den Mitgliedsorganisationen ermöglichen über 100 Rahmenverträge mit Wirtschaftsunternehmen die preisgünstige Anschaffung von Kraftfahrzeugen, Bürobedarf, Dienstleistungen und vielem mehr. 2021 kamen neue Partner hinzu, wie z. B. Krömer Medizinprodukte für Testkits und Schutzausrüstung.

„Menschen stärken Menschen"

Im Rahmen des Projekts „Chancenpatenschaften: Soziales Engagement für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt" wurden 738 Patenschaften mit 147.600 Euro unterstützt.

Veranstaltung für neue Mitgliedsorganisationen

Im Januar 2021 wurde erstmals die alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung für neue Mitgliedsorganisationen digital durchgeführt. Dabei konnten sich rund 40 Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen über den Verband, seine Leistungen und Fördermöglichkeiten informieren.

AUTOR*INNEN Nina Hollatz, Claudia Landor und Artur Louis

Die Corona-Pandemie erschwerte die Einbindung der Eltern in den Kita-Alltag enorm und stellte die Teams vor neue Herausforderungen.

Einbindung der Eltern in den Kita-Alltag sichern

„Ich sehe nicht, was mein Kind gerade tut, wenn ich komme, oder wie es ihm geht. Es kann mir nicht mehr zeigen, was es gebaut oder gebastelt hat. Ich habe auch kein Gefühl mehr für die Stimmung in der Kita." Diese Eltern-Äußerung steht beispielhaft dafür, wie die coronabedingten Einschränkungen von Eltern wahrgenommen wurden. Denn weite Teile des Jahres 2021 durften Eltern die Kitas entweder gar nicht oder nur den Eingangsbereich betreten. Somit fehlte ihnen bereits seit mehr als einem Jahr der Einblick in den Kita-Alltag. Die sonst kurzen Eindrücke in der Bring- und Abholzeit und die Tür- und Angel-Gespräche in den Räumen der Kita fielen weg. Sowohl die Eltern als auch die pädagogischen Fachkräfte vermissten die sonst üblichen und wichtigen Rückmeldungen. Somit stellte sich für die Kita-Teams die Aufgabe, die Einbindung der Eltern in den Kita-Alltag auf neue Füße zu stellen. „Wie können wir trotz der geänderten Bedingungen eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und die Beteiligung der Eltern gewährleisten?" Das war eine der Fragen, mit der sich die Kitas an das Team der Fachberatung wandten.

Technische Herausforderungen

Sowohl für die Fachberaterinnen als auch für die Kitas brachte dies neue technische Herausforderungen, verbunden beispielsweise mit der Frage: Welche digitalen Medien sind für den Einsatz in der Zusammenarbeit mit Eltern hilfreich und sinnvoll? So arbeiteten sich die Fachberaterinnen auch in diesen neuen Bereich ein, um den Kitas hier Hilfestellung geben zu können. Gemeinsam mit den Kita-Teams wurde zum Beispiel überlegt, wie ein Elterngespräch auch telefonisch oder per Videokonferenz gelingen kann. Erfahrungen dazu wurden bei den Leitungstreffen ausgetauscht, welche von der Paritätischen Fachberatung Kita regelmäßig angeboten werden.

Zum anderen bestand die Aufgabe der Fachberatung darin, viele Fragen zu stellen, damit die Kita-Teams für sich herausfinden konnten, worum es ihnen eigentlich geht. Aus diesen Erkenntnissen heraus erfolgte dann eine genaue Zielformulierung, und die Schritte dazu konnten festgelegt werden. Hilfreich für diesen Prozess ist es, wenn die verschiedenen Perspektiven der beteiligten Personen eingenommen werden:

- Was ist uns als Kita-Team wichtig, den Eltern mitzuteilen, und warum? Wie können wir nicht nur Informationen weitergeben, sondern auch Emotionen?
- Was brauchen Eltern, um das Vertrauen haben zu können, dass ihr Kind in der Kita gesehen wird?
- Was möchten die Kinder ihren Eltern/Großeltern unbedingt mal zeigen? Welche Ideen haben die Kinder, wie das möglich gemacht werden kann?

Eine grundsätzliche Frage, welche die Fachberaterinnen mit den Kita-Teams immer wieder besprachen, war: „Welche Bedeutung haben die Erkenntnisse für die Zeit nach der Pandemie? Was wollen wir unbedingt beibehalten und was nicht?"

Mit dieser Frage geht die Paritätische Fachberatung ins Jahr 2022 und ist gespannt, welche Antworten, auch für die eigene Arbeit, dazu gefunden werden.

AUTORIN Daniela Wilhelm

HESSISCHES KOORDINATIONSBÜRO FÜR FRAUEN MIT BEHINDERUNG

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderung thematisiert

Die besonderen Schwierigkeiten für Menschen mit Behinderung aufgrund der Corona-Pandemie waren 2021 wichtige Themen bei den politischen Gesprächen des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung (HKFB). Gesprächspartner*innen waren die frauenpolitischen Sprecherinnen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie die Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Hessischen Landesregierung. Weitere Themen der Gespräche waren verschiedenste Problematiken, die Frauen mit Behinderung sowie deren Lebenssituation besonders beeinflussen.

Frauen mit Schwerbehinderung im Berufsleben

Nach der Veröffentlichung einer Studie zur „Situation von Frauen mit Schwerbehinderung am Arbeitsmarkt" im Auftrag der Aktion Mensch wurde die Leiterin des HKFB vom Fernsehsender RTL interviewt. Auch gegenüber dem Hessischen Rundfunk äußerte sie sich zur Notwendigkeit von besonderen Bildungsangeboten für Frauen mit Behinderung. Nach der Ausstrahlung des RTL-Interviews wandten sich zahlreiche Arbeitgeber*innen, Frauen mit Behinderung sowie Angehörige mit vielfältigen Fragen zum Themenkomplex Erwerbstätigkeit, Erwerbssuche und Einstellung von Menschen mit Behinderung an das HKFB.

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt

Auf Einladung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration nahm das HKFB an der Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung des Landesaktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt teil. Das HKFB wirkt künftig bei den Beratungen zum Themenfeld „Hilfen und Versorgung optimieren" mit.

Im November war die Leiterin des HKFB Podiumsgast bei der Veranstaltung „Gewaltschutz in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen" des Paritätischen Gesamtverbands. Vor 450 Teilnehmenden sprach sie zum Thema „Vernetzung im Sozialraum". Einen thematischen Input gab die Leiterin des HKFB bei der Fachtagung „Intersektionale Perspektiven auf Gewalt & Geschlecht". Diese wurde durchgeführt vom Projekt „Frauenhäuser und die Implementierung der Istanbul-Konvention – Herausforderungen in Hessen" (FrImIKo) sowie dem Netzwerk feministische intersektionale Perspektiven auf Gewalt.

Online-Seminare

Zudem bot das HKFB zwei Online-Seminare an. Themen waren „Was gibt mir Kraft?" und „Arbeiten mit Behinderung – Chancen, Grenzen, Möglichkeiten". Weitere Seminare führte das HKFB in Kooperation mit dem Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit, dem Frauenbüro Marburg-Biedenkopf und dem Amt für Chancengleichheit Kassel durch. Dabei ging es zum Beispiel um Themen wie Zeitmanagement. Für das bundesweite inklusive Expert*innen-Netzwerk (iXNet) referierte die Leiterin des HKFB zum Thema Resilienz. Im Fokus standen dabei die besonderen Anforderungen und Schwierigkeiten für Frauen mit Behinderung, sich trotz der Vielzahl von verschiedensten Barrieren nicht aus der Bahn werfen zu lassen, sondern daran zu wachsen.

Auf positive Resonanz stieß eine Maßnahme, die aus einer Studie zur „Lebenssituation und Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen in Marburg" hervorging. Das Gleichstellungsbüro der Stadt Marburg konzipierte in Zusammenarbeit mit der neu einberufenen Arbeitsgruppe „Mädchen und Frauen mit Behinderung in Marburg", in der die Leiterin des HKFB mitarbeitet, einen inklusiven Frauentreff. Dort gibt es zahlreiche Veranstaltungen und ein umfangreiches Unterstützungsangebot, das für die Nutzerinnen kostenfrei ist. Dazu gehören Gebärdendolmetschen sowie die gegebenenfalls nötige Assistenz für die Teilnahme an den Veranstaltungen.

Aufgrund behinderungsbedingter Einschränkungen fällt es Menschen mit Behinderung mitunter schwer, auch in Zeiten der Pandemie ihre Freizeit abwechslungsreich zu gestalten. Daher veröffentlichte auch das HKFB einige Ideen zur Freizeitgestaltung für Menschen mit Behinderung auf der Plattform des Bundesverbandes für körperbehinderte Menschen (www.bvkm.de/mitmachen).

AUTORIN Rita Schroll

Ausschnitt aus dem Graphic Recording von der ersten Fachtagung des Projekts zur Koordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend

FACHBERATUNG GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT IN KINDHEIT UND JUGEND

Projekt zur Koordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend

In Hessen hat sich im Bereich der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend eine plurale Beratungslandschaft etabliert. Es gibt derzeit circa 52 spezialisierte Fachberatungsstellen und Beratungsstellen mit spezialisiertem Angebot in freier und kommunaler Trägerschaft sowie in verschiedenen trägerübergreifenden Zusammenschlüssen. Teilweise wissen die verschiedenen Beratungsstellen jedoch wenig über die Angebote, Tätigkeitsfelder und Arbeitsweisen der jeweils anderen Träger. Bisher fehlte eine übergeordnete, landesweite Vernetzungsstruktur zwischen allen Fachberatungsstellen, die zu Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt arbeiten. Gleichzeitig berichten die Träger, dass sie vermehrt mit Anfragen und Unterstützungsbedarfen von Fachkräften, beispielsweise von Schulen, konfrontiert sind.

Vernetzung soll Versorgung verbessern

Im April 2021 startete das „Projekt zur Koordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend“, das vom Paritätischen Landesverband Hessen durchgeführt und vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gefördert wird. Ziel ist es, eine landesweite Netzwerkgruppe einzurichten, den Fachaustausch zu fördern, die Qualitätsentwicklung und die Zusammenarbeit zu stärken und so zu einer besseren Versorgung auch vor Ort beizutragen. Das Projekt läuft bis März 2024 und soll Empfehlungen für die Weiterentwicklung einer Landeskoordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend erarbeiten.

Bei einem ersten Netzwerk-Treffen mit knapp 50 Teilnehmenden begann im August 2021 der hessenweite, trägerübergreifende Austausch mit einem Fachbeitrag zum Thema „Herausforderungen der Fachberatung in ländlichen Regionen“. Eine wissenschaftliche Begleitung erstellt im weiteren Projektverlauf eine Bestandsaufnahme der Qualitätsstandards und zur Arbeitssituation, um die Datenlage zur Ausstattung und zum Angebot der hessischen Fachstellen zu aktualisieren. Durch die Befragung sollen Lücken im hessischen Versorgungssystem sichtbar gemacht werden und Informationen über die Zugänglichkeit bestehender Angebote für besonders vulnerable Gruppen geliefert werden. Idealerweise bietet sie auch Hinweise für den bedarfsgerechten Ausbau spezifischer Angebote.

Erste Fachtagung

Unter dem Titel „Standards setzen für ein gemeinsames Ziel – Qualitätssicherung in der Fachberatung bei (sexualisierter) Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ fand im Dezember 2021 die erste Fachtagung im Rahmen des Projekts statt. Anne Janz, Staatssekretärin im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, und Dr. Yasmin Alinaghi, Geschäftsführerin des Paritätischen Hessen, eröffneten den Fachtag. Einen Impulsvortrag zum Thema „Fachberatung in der Kinder- und Jugendhilfe bei sexualisierter Gewalt aus Sichtweise der Kommunen“ hielt Verena Fernandes dos Santos, Leiterin des Fachreferats „Beratung und Hilfen bei sexualisierter Gewalt“ im Jugendamt der Stadt Dortmund. Anja Teubert (Professorin für sozialraumorientierte Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten sexualisierte Gewalt und Netzwerkarbeit, Duale Hochschule Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen) widmete sich regionalen Schutzkonzepten. In Workshops wurden weitere Themen vertieft.

AUTORINNEN Kristina Nottbohm und Alexandra Ommert

Weitere Infos und eine Dokumentation der Fachtagungen finden Interessierte auf www.paritaet-hessen.org unter Fachreferate und Themen: Gewaltprävention – Koordinierungsprojekt

Podiumsdiskussion „Wie (un)demokratisch ist die Polizei?“. Von links: Alexander Bauer (innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion), Felix Paschek (Leiter der Stabsstelle Fehler- und Führungskultur im hessischen Innenministerium), Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız, Moderatiorn Dr. Carmen Colinas. Online zugeschaltet Dr. Reiner Becker (Leiter des Demokratiezentrums Hessen).

BERATUNG GEGEN RECHTS

Verschwörungserzählungen widersprechen

Bereits im ersten Jahr der Corona-Pandemie traten in allen gesellschaftlichen Bereichen verstärkt Verschwörungstheorien zu Tage, die auch vor sozialen Einrichtungen nicht haltmachen. Der Paritätische Hessen reagierte auf den steigenden Beratungsbedarf seiner Mitgliedsorganisationen zu diesem Thema und stellte 2021 den Umgang mit Verschwörungserzählungen in den Mittelpunkt des Projekts „Schutz wohlfahrtspflegerischer Einrichtungen vor politischer Anfeindung und Drangsalierung“. In Kooperation mit dem Seminaranbieter „Gegenargument“ organisierte er viermal die Fortbildung mit dem Titel „Von Aluhut bis Zwangsimpfungen – Ein (praxisorientiertes) Training zum Umgang mit Verschwörungserzählungen“. In dem Workshop ging es darum, wie rechtsextreme und andere Akteure in der Krise Verschwörungserzählungen mit menschenfeindlichen Inhalten verbreiten. Den Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen wurden Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten für den Fall aufgezeigt, dass Klient*innen oder Mitarbeitende solche Haltungen vertreten und behaupten, die Pandemie werde insgeheim von Mächtigen inszeniert oder instrumentalisiert, um der Bevölkerung zu schaden und die Welt neu zu ordnen.

Positionspapier für solidarisches Handeln in der Pandemie

Um sich auch öffentlich für ein solidarisches Handeln in der Corona-Pandemie zu positionieren, veröffentlichte der Paritätische Hessen im Dezember 2021 ein Positionspapier. Darin zeigt er sich überzeugt, dass zur Eindämmung, Bekämpfung und Überwindung der Pandemie auch vorübergehende Einschränkungen der individuellen Freiheiten gerechtfertigt und nötig sind. Er begrüßt ausdrücklich die lebhafte und kontroverse Debatte über die staatliche Corona-Politik, an der er sich aktiv beteiligt. Die Querdenker-Bewegung, die seit April 2021 vom Verfassungsschutz in der neu geschaffenen Kategorie der „demokratiefeindlichen und/oder sicherheitsgefährdenden Delegitimierungen des Staates“ beobachtet wird, steht für den Paritätischen Hessen jedoch außerhalb dieses demokratischen Diskurses.

In dem Positionspapier empfiehlt der Verband:

- Verschwörungserzählungen und demokratiefeindliche Aussagen nicht unwidersprochen zu lassen, sondern sich klar und deutlich von diesen zu distanzieren. Ob eine faktenbasierte Diskussion angeboten wird oder ein begründeter Gesprächsabbruch erfolgt, muss im Einzelfall entschieden werden.
- auf die Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes sowie der geltenden Coronavirus-Schutzverordnung des Landes Hessen und der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundes zu achten. Verstöße können Klient*innen oder Mitarbeitende gefährden und dürfen daher in sozialen Einrichtungen nicht geduldet werden.
- Klient*innen und Mitarbeitende über die Gefahren einer Infektion mit dem Coronavirus und die Möglichkeiten einer Schutzimpfung zu informieren.

Wie (un)demokratisch ist die Polizei?

Vor dem Hintergrund, dass 2021 erneut Chatgruppen mit rechtsextremen Inhalten innerhalb der hessischen Polizei aufgedeckt wurden, organisierte der Paritätische Hessen in Kooperation mit zwölf weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter mehrere Mitgliedsorganisationen, im November 2021 im Haus am Dom und online eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wie (un)demokratisch ist die Polizei?“ Mit dieser Veranstaltung wurde die Vernetzung gegen Rechtsextremismus verstetigt. Sie war 2020 mit der gemeinsamen Veröffentlichung des Zehn-Punkte-Papiers „Demokratie stärken, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen. Forderungen an die hessische Landesregierung“ initiiert worden.

AUTORIN Barbara Helfrich

Gefördert durch die GlücksSpirale

Die Projektmitarbeiterinnen organisierten ein gemeinsames Sommerfest mit Projektteilnehmerinnen und Schulsozialarbeiter*innen im Offenbacher Dreieichpark.

PROJEKT VEBB

Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund

Trotz der Einschränkungen durch die Pandemie konnte das 2019 gestartete Projekt VeBB „Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund" 2021 seine Kontakte mit Netzwerkpartnern vertiefen und weitere Netzwerkpartner hinzugewinnen. Das Projekt soll in Stadt und Kreis Offenbach ein Netzwerk aus Arbeitgeber*innen, Unternehmen, Schulen, Pat*innen und Peers sowie Akteuren der Eingliederungshilfe aufbauen. Dafür erhält es Fördermittel vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen. Ziel ist es, die Teilhabe von Frauen mit Behinderung am Arbeitsmarkt zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen junge Frauen im Alter zwischen 17 und 25 Jahren, die aufgrund ihrer Behinderung und ihres Migrationshintergrunds mit vielfältigen Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Ihre Chancen zum Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt sollen mit verschiedenen Methoden verbessert werden.

- Zum einen erhalten sie Unterstützung durch die Eins-zu-eins-Begleitung ehrenamtlicher Pat*innen. Dazu gehören praktische Hilfeleistung in schulischen Fragen, bei Bewerbungen, der Suche von Praktikums- und Arbeitsplätzen, Begleitung zu Unternehmen, Gespräche in Familie und Schule.
- Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Beratung durch Peers, das sind Frauen mit Behinderung, die bereits im Arbeitsleben erfolgreich sind und als Role-Model Mut machen können.
- Außerdem lernen die jungen Frauen Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen kennen.
- Und nicht zu vergessen: das Empowerment der jungen Frauen.

2021 bauten die Projektmitarbeiterinnen bestehende Kontakte zu Netzwerkpartnern aus und knüpften neue. Das betraf vor allem Schulen, aber auch städtische Akteur*innen aus der Behindertenhilfe, den Behindertenbeirat und die Migrationsbeauftragte, ebenso Beratungsstellen zum Thema Inklusion, Organisationen der Migrant*innen-Selbsthilfe und Aktive aus dem Offenbacher Vereinsleben. Zudem wurden Frankfurter Träger von inklusiven Projekten oder Programmangeboten sowohl innerverbandlich als auch darüber hinaus über das Projekt informiert und als potentielle Multiplikatoren angefragt. Das Projekt VeBB war auch weiterhin im Mentor*innennetzwerk Frankfurt unter der Leitung von Beramí aktiv.

Drei neue Tandems

Um weitere interessierte Frauen und Mädchen für das Projekt zu gewinnen, führten die Mitarbeiterinnen Gespräche an Schulen und anderen Institutionen sowie mit Vereinsvertreter*innen. Drei Tandems konnten erfolgreich verknüpft werden. Zudem wurde durch vielfältige Öffentlichkeitsarbeit der Bekanntheitsgrad erfolgreich gesteigert. So gab es einen Online-Informationsabend, es wurden Flyer und Plakate an Schulen und Hochschulen verteilt und über einen Instagram-Account und Pressemitteilungen Informationen verbreitet. Viele Schulsozialarbeiter*innen suchen inzwischen den Austausch mit den Projektmitarbeiter*innen. Anzeigen zur Akquise von Pat*innen wurden in Stadtmagazinen und der Lokalzeitung veröffentlicht. Die Offenbach Post berichtete zudem über das Praktikum einer jungen Frau. Auch wird weiterhin über den Newsletter des Freiwilligenzentrums Offenbach e. V. auf das Projekt VeBB aufmerksam gemacht.

Der Projekt-Beirat tagte dreimal online. Ihm gehören Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, der Stadtverwaltung, der Arbeitsagentur und erfahrene Akteur*innen aus dem Bereich der Freiwilligenarbeit in Offenbach sowie Mitarbeiter*innen des Paritätischen Hessen an. In seiner letzten Sitzung formulierte der Beirat den Wunsch, das Projekt nach dem Ende der Laufzeit im Mai 2022 fortzusetzen. Da der Paritätische Hessen das Projekt nicht verlängern kann, wird nun ein anderer Träger gesucht.

AUTORINNEN Nina Hollatz und Sophia Johannes

Zentrale Forderungen des Paritätischen Hessen zur Wohnungspolitik anlässlich der Kommunalwahlen: Bezahlbarer Wohnraum wird dauerhaft erhalten, der kommunale Wohnungsbestand durch eine soziale Boden- und Grundstückspolitik ausgebaut. Kommunale Wohnraumhilfen und kommunalen Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten werden in allen Kommunen etabliert.

Wohnen ist Menschenrecht

Auch im Jahr 2021 hieß das Schwerpunktthema des Paritätischen Hessen „Wohnen ist Menschenrecht". Bereits vor der Corona-Pandemie war die Situation in den Ballungsräumen durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und im ländlichen Raum durch die fehlende Infrastruktur höchst problematisch. Besonders betroffen sind Angehörige benachteiligter Gruppen, die aufgrund von geringem Einkommen, Transferleistungsbezug oder Diskriminierung sehr geringe Chancen auf eine Wohnung haben. Durch die Corona-Folgen verschärfte sich die Problematik auf dem hessischen Wohnungsmarkt und damit die Situation der benachteiligten Zielgruppen von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen. Während die Mietpreise immer weiter steigen, haben viele Haushalte in Hessen durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Umsatzausfälle bei (Solo-)Selbstständigen ein geringeres Einkommen zu beklagen. Die hessische Landesregierung bezifferte die Zahl der Zwangsräumungen für 2020 auf mindestens 1.500 Fälle.

Studie zum Wohnraumbedarf benachteiligter Gruppen

Um die Eindrücke und Erfahrungen der sozialen Organisationen in Hessen mit konkreten Zahlen zu unterlegen, initiierte der Paritätische Hessen im Rahmen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege eine Studie mit dem Titel „Wohnraumbedarf benachteiligter Gruppen". Das Forschungsinstitut RegioKontext lieferte anhand einer Befragung stationärer sozialer Einrichtungen und einer Sekundärdatenanalyse erstmals Daten dazu, wie schwierig die Situation für die Zielgruppen Paritätischer Mitgliedsorganisationen auf dem hessischen Wohnungsmarkt tatsächlich ist: 41 Prozent der befragten Einrichtungen gaben an, dass ihre Klient*innen durchschnittlich länger als ein Jahr benötigen, um eine Wohnung zu finden. Im südhessischen Ballungsgebiet waren dies sogar mehr als 50 Prozent. In dieser Zeit bleiben sie in den stationären Einrichtungen, damit sie nicht auf der Straße landen. Daraus folgen viele weitere Probleme. Es werden in den Einrichtungen Plätze belegt, etwa in Frauenhäusern, Einrichtungen der Jugendhilfe oder der Suchthilfe, die andere Hilfesuchende dringend benötigen. Die befragten Einrichtungen gaben an, dass rund 4.000 Menschen diese im Jahr verlassen, weil der Hilfebedarf nicht mehr gegeben ist. Weitere 4.000 Personen könnten die Einrichtungen verlassen, gäbe es ausreichend Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Die Studie finden Interessierte unter www.liga-hessen.de/veroeffentlichungen/pressemeldungen/detail/wohnraum-fuer-alle-wohnen-ist-ein-menschenrecht.

Veranstaltungen und Lobbyarbeit zum Schwerpunktthema

Der Paritätische Hessen brachte sich 2021 mit Pressemitteillungen, politischen Gesprächen und im Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen, das er 2018 initiiert hatte, in den wohnungspolitischen Diskurs ein. Er forderte, dass die hessische Wohnungspolitik auf die Belange der Menschen ausgerichtet werden müsse. Die Landesregierung und andere maßgebliche Akteure müssten zudem wirksam gegen den flächendeckenden Anstieg von Mietpreisen vorgehen. Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen müsse massiv erhöht werden. Auf Bundesebene unterstützte der Landesverband gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband die Kampagne MietenStopp.

Von Wohnungsnot betroffene Zielgruppen der sozialen Arbeit wurden bei zwei sehr gut besuchten Online-Veranstaltungen in den Blick genommen: Im Juli fand eine Veranstaltung mit dem Titel „Auf der Suche nach einem sicheren Ort: Was tun gegen Platzmangel in Frauenhäusern und Wohnungsnot?" statt. Im September stellte der Landesverband die Wohnraumversorgung von Transferleistungsbezieher*innen im Rahmen der Veranstaltung „Kein bezahlbarer Wohnraum: Wie kann Wohnraumversorgung für Menschen in Hartz IV/Sozialhilfe gelingen?" in den Blickpunkt.

AUTOR Lars Lauer

KULTUR MITTENDRIN

Das kulturelle Leben erwacht wieder

Nachdem in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 coronabedingt in Sachen Kultur gar nichts ging, kehrte ab Mitte Mai langsam ein gewisses Maß an Normalität zurück. Die Aktiven im Kulturbereich freuten sich, nun endlich nicht mehr ausschließlich auf digitale Formate angewiesen zu sein, sondern wieder vor Menschen zu spielen, Freude zu bereiten und zum Nachdenken und Träumen anzuregen. Auch das Projekt Kultur Mittendrin konnte wieder mehr Menschen mit geringem Einkommen die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ermöglichen.

Anfänglich waren die Ängste und die Verunsicherung groß, doch nach und nach gelang es, viele Menschen vom heimischen Sofa in die Zuschauerräume zu locken und so manche von der Einsamkeit zur gemeinsamen Teilhabe am kulturellen Leben in Wiesbaden zu bringen. Etwa 600 Karten hat Kultur Mittendrin 2021 vermittelt. Das war jedoch weit weniger als in „normalen" Jahren. Vor allem haben viele Familien, die von Grundsicherung leben, die Angebote genutzt. Endlich wieder gemeinsam ins Kino gehen können und nicht nur vor dem Fernseher oder Laptop sitzen müssen – ein Traum für viele Eltern und Kinder.

Viele Unterstützer*innen

Ermöglicht wurde dies durch die Unterstützung des Kulturamts der Stadt Wiesbaden und viele Kulturveranstalter in der Landeshauptstadt wie etwa die Caligari FilmBühne, das Theater im Pariser Hof, das Improvisationstheater FGKH, das Staatstheater Wiesbaden und viele einzelne Kulturschaffende, die selbst hart von den Corona-Maßnahmen betroffen waren. Positiv gestaltet sich auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Stadtkultur Wiesbaden, dem Kultur Mittendrin im November seine Ideen vorstellen konnte. Zahlreiche Kulturschaffende sagten zu, das Projekt künftig mit Freikarten zu unterstützen.

Zum Dank für dieses Engagement hatte das Projekt Kultur Mittendrin für Anfang Dezember eine eigene Veranstaltung mit Künstlern aus der Region in der neuen Wiesbadener Spielstätte „Marleen" geplant. Diese musste jedoch wegen steigender Covid-Infektionszahlen ausfallen. Sie soll 2022 nachgeholt werden.

Besonders freut die Projektverantwortlichen, dass die kulturellen Angebote verstärkt von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt werden. Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten zusammenzuführen, Gemeinsamkeit zu ermöglichen und Zugänge zu allen Bereichen unserer Gesellschaft zu schaffen, ist ein wesentliches Ziel des Projekts Kultur Mittendrin.

Homepage und Facebook-Seite

Karten für die Kulturveranstaltungen bekommen Interessierte über die Homepage des Projekts. Sowohl die Webpräsenz als auch die Facebook-Seite des Projekts haben mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad in der Stadt erreicht.

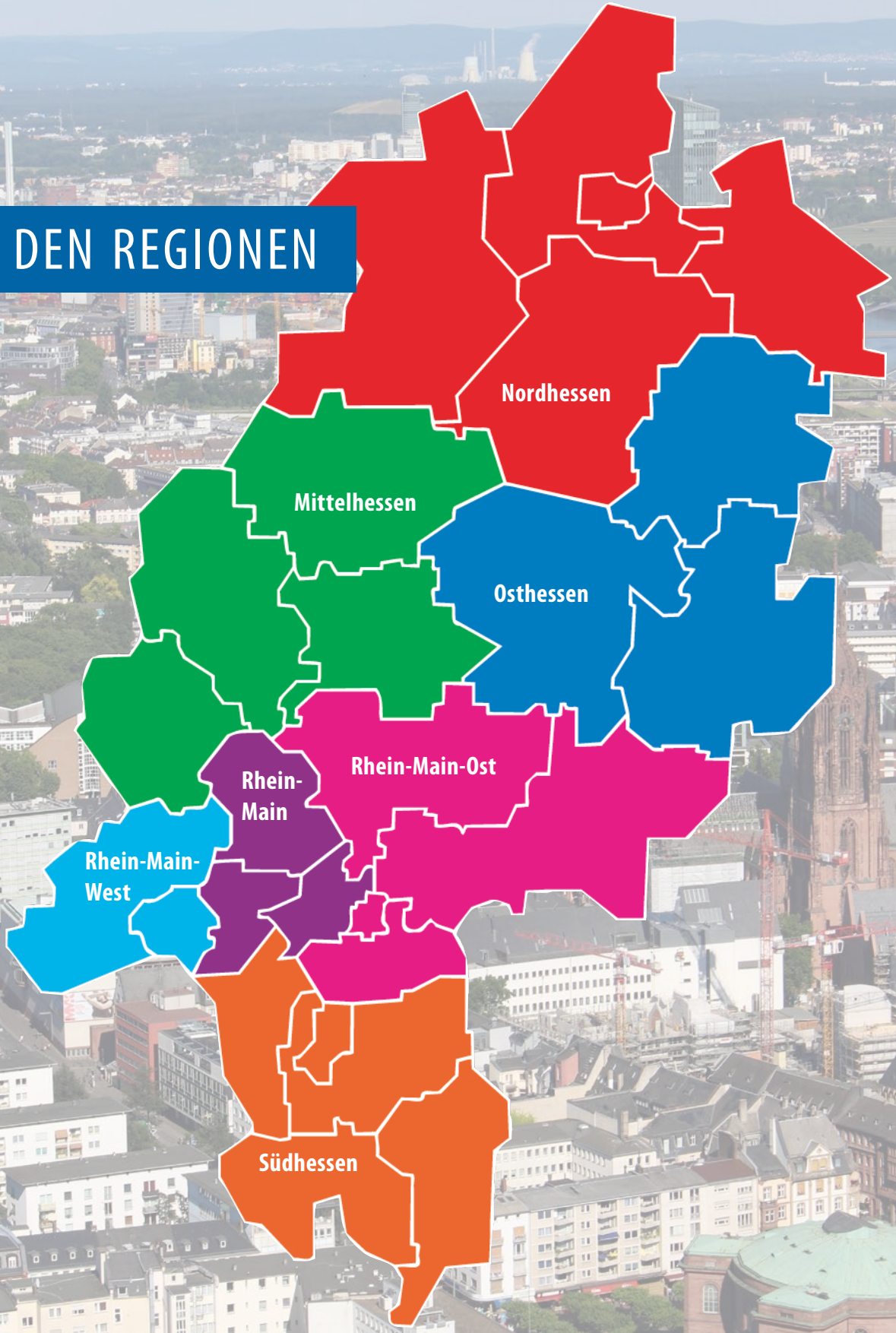
Ganz oben auf der Agenda standen 2021 Vernetzung und Kooperationen. Dazu gehörte auch der Austausch mit ähnlichen Initiativen aus ganz Deutschland, den das Jahrestreffen der Bundesvereinigung Kulturelle Teilhabe in Bielefeld im November 2021 ermöglichte. Kultur Mittendrin wird ab 2022 Mitglied dieser Bundesvereinigung sein. Zudem kooperiert das Projekt künftig eng mit der Volkshochschule Wiesbaden und ist mit den KinderElternZentren (KIEZ) in Wiesbaden in Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit. Auch das Amt für Soziale Arbeit hat zugesagt, das Angebot bekannter zu machen.

Heike Lange, Geschäftsführerin der Paritätischen Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden, konzipiert, organisiert und leitet das Projekt für kulturelle Teilhabe seit 2011. Die Projektkoordination hat der Regisseur und Kulturmanager Stefan Schletter. Eine Projektgruppe, der Geschäftsführer*innen mehrerer Mitgliedsorganisationen angehören, begleitet das Projekt.

AUTOR Stefan Schletter

www.kultur-mittendrin-wiesbaden.de

AUS DEN REGIONEN



Der Paritätische in der Region

Der Paritätische Hessen vertritt innerhalb der Paritätischen Gesamtorganisation die gemeinsamen Grundüberzeugungen seiner Mitgliedsorganisationen nach innen und außen. Er unterhält dazu eine zentrale Landesgeschäftsstelle sowie dezentrale Regionalgeschäftsstellen.

Aufgabe dieser Regionalgeschäftsstellen ist es, die regionale Präsenz des Verbands zu gewährleisten und den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Landesverbands Hessen e. V. regionale Ansprechpartner*innen zur Verfügung zu stellen.

Als Schnittstelle zwischen den zentralen Aufgaben und den Mitgliedsorganisationen erfüllen die Regionalgeschäftsstellen besondere Funktionen in enger Zusammenarbeit mit den Kreisgruppen, deren Sprecher*innen sowie dem regionalen Sprecher*innen-Rat. Insbesondere sind sie Wissensmanager und Coach für die Kreisgruppen und Mitgliedsorganisationen.

Region Osthessen

LK Hersfeld-Rotenburg, Vogelsbergkreis, LK Fulda, Stadt Fulda
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Petersberger Straße 21, 36037 Fulda
Telefon: 06 61 / 9 01 98 44
Fax: 06 61 / 9 01 98 45
E-Mail: fulda@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Karola Günther

Region Rhein-Main-Ost

Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Offenbach
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Berliner Straße 219, 63065 Offenbach
Telefon: 069 / 80 10 65 00
E-Mail: offenbach@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführer: Sven Malsy

Region Südhessen

LK Groß-Gerau, LK Bergstraße, Odenwaldkreis, LK Darmstadt-Dieburg, Stadt Darmstadt
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Poststraße 9, 64293 Darmstadt
Telefon: 0 61 51 / 89 92 62
Fax: 0 61 51 / 89 50 06
E-Mail: darmstadt@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Margit Balß

Region Rhein-Main

Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Stadt Frankfurt a. M.
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt/Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-51
Fax: 0 69 / 95 52 62-63
E-Mail: frankfurt@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführer:
Michael Zimmermann-Freitag

Region Rhein-Main-West

Rheingau-Taunus-Kreis, Stadt Wiesbaden
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 36, 65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 3 08 56 64
Fax: 06 11 / 3 08 69 08
E-Mail: wiesbaden@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Heike Lange

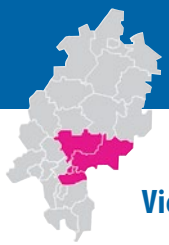
Region Mittelhessen

LK Marburg-Biedenkopf, Stadt Marburg, Lahn-Dill-Kreis, Stadt Wetzlar, LK Limburg-Weilburg, LK Gießen, Stadt Gießen
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 61, 35390 Gießen
Telefon: 06 41 / 98 44 45-0
Fax: 06 41 / 98 44 45-19
E-Mail: giessen@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Claudia Klee

Region Nordhessen

LK Kassel, Stadt Kassel, LK Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Treppenstraße 4, 34117 Kassel
Telefon: 05 61 / 81 64 45 02
Fax: 05 61 / 81 64 45 03
E-Mail: kassel@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin:
Rosa-Maria Hamacher

Das Team der Regionalgeschäftsstelle Offenbach: Sabine Schmelter-Schmitz, Assistentin der Geschäftsführung, und Geschäftsführer Sven Malsy



OFFENBACH

Vielfalt und Zusammenhalt

In den Kreisgruppen der Region Rhein-Main-Ost waren auch im Jahr 2021 wieder viele Aktive am Gelingen der gemeinsamen Arbeit beteiligt. Sowohl im Rahmen der Tour der Vielfalt in der Wetterau, bei der Organisation von Veranstaltungen in Offenbach oder im direkten Austausch miteinander im Main-Kinzig-Kreis wurden Diversität und Zusammenhalt in der Region Rhein-Main-Ost deutlich.

Alles neu zum Ende des Jahres

Zum Ende des Jahres 2021 konnte die Regionalgeschäftsstelle in Offenbach neue Räume beziehen. Sie teilt sich das Domizil in der Berliner Straße 219 mit den Mitgliedsorganisationen FIZ e. V. und Vair e. V. sowie dem Selbsthilfebüro der Paritätischen Projekte gGmbH. In den neuen Räumlichkeiten steht ein Tagungsraum auch den Mitgliedsorganisationen zur Verfügung. Als neuer Regionalgeschäftsführer trat Sven Malsy die Nachfolge von Hanne Schirmer an.

Kommunalwahl und Gremienbesetzung

Im Anschluss an die Kommunalwahl im März mussten diverse Gremien der kommunalen Selbstverwaltung und Beratung neu besetzt werden. In allen Kreisgruppen der Region Rhein-Main-Ost übernahmen aktive Kreisgruppenmitglieder Aufgaben in der Gremienarbeit. Besonders erfreulich ist dabei das erfolgreiche Zusammenspiel zwischen Haupt- und Ehrenamt innerhalb der Kreisgruppen. Auch in schwierigen Zeiten ist es gelungen, dauerhaft als Paritätischer präsent zu sein und die Rahmenbedingungen von sozialer und wohlfahrtspflegerischer Arbeit vor Ort mitzugestalten. Ein besonderer Dank gilt hierbei den Ehrenamtlichen vor Ort, die durch ihr hohes Engagement zu Garant*innen des Erfolgs wurden.

Chancen von Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund

Mit dem VeBB ist ein zukunftsweisendes Projekt zum Thema Inklusion an die Regionalgeschäftsstelle Offenbach angedockt. Nina Hollatz als verantwortliche Projektleiterin des Projektes „Chancen von Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund“ unterstützt junge Frauen beim Einstieg in die Berufs- und Arbeitswelt. Das Projekt endet 2022, eine Weiterführung und -entwicklung unter anderer Trägerschaft ist angedacht.
(Näheres dazu auf Seite 27)

Anlaufstelle für Qualifizierung im Ehrenamt

Als Anlaufstelle zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen organisiert die Regionalgeschäftsstelle Offenbach im Rahmen des Qualifizierungsprogramms des Landes die Verteilung von Fördergeldern im Landkreis Offenbach. Viele Freiwillige, die sich bereits ehrenamtlich engagieren, wünschen sich eine angemessene Einführung und Begleitung bei ihrer Tätigkeit. Sie erleben die Möglichkeit, sich für entsprechende Aufgaben weiterzuqualifizieren als eine besondere Form der Anerkennung.

AUTOR Sven Malsy

Politik-Speed-Dating im Kreis Groß-Gerau

Die Corona-Krise und die damit verbundenen Beschränkungen sozialer Kontakte verlangten auch den Prozessen demokratischer Willensbildung einiges ab. Als Akteure der Zivilgesellschaft wollten die in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege aktiven Verbände im Kreis Groß-Gerau einen Beitrag zur politischen Willensbildung leisten. indem sie den politisch Verantwortlichen im Rahmen der Kommunalwahl Fragen stellten.

In „normalen Wahlkampfzeiten" wären die Kandidat*innen zu einer Podiumsdiskussion über ihre sozial- und gesellschaftspolitischen Positionen und Gestaltungsperspektiven eingeladen worden. Um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen, bot sich die reichweitenstarke Veröffentlichung schriftlicher Korrespondenzen in der Tagespresse an, damit die Leser*innen die Positionen der befragten Fraktionen nebeneinander vergleichen konnte.

Die Fragen drehten sich um den Umgang mit aktuellen und künftigen sozialen Problemlagen und den damit zusammenhängenden politischen Entscheidungen.

1. Vereinsamung, Isolation und das Leiden daran wurden gerade in der Corona-Krise für viele Menschen ein dauerhafter Begleiter. Sie als Wahlsieger haben nun die Möglichkeit, in den Kommunen Ihren Beitrag zu diesem Thema zu leisten. Was haben Sie konkret vor, dagegen zu tun?
2. Der Kreis Groß-Gerau ist Teil des Rhein-Main Gebiets, einem wirtschaftlichen Motor Hessens, der unter Corona ins Stottern geraten ist, wie man zum Beispiel am Flughafen und seinen vielen angebundenen Unternehmen sehen kann. Die Menschen haben nun Angst vor Job- und Wohnungsverlust und vor Armut. Was werden Sie als Landkreispolitiker*in jenseits von Jobcenter und Arbeitslosengeld tun, um wirtschaftliche Notlagen zu lindern?
3. Das „Budget Soziale Dienste" im Kreis dient dazu, die Mehrzahl der sozialen Dienste zu finanzieren. So unter anderem die Obdachlosenhilfe, Erziehungsberatungsstellen, Suchtberatungsstellen, Schuldnerberatung etc. Sie haben nun die Entscheidung, in welche Richtung sich das Budget für soziale Dienstleistungen im Kreis Groß-Gerau entwickelt. Wohin wird der Weg mit Ihnen gehen?

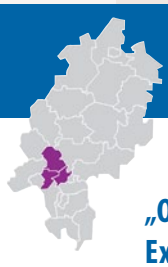
Die Fragen wurden leider nicht von allen Kandidat*innen beantwortet. Jedoch zeigten die Antwortenden ein großes Interesse daran, auch nach der Kommunalwahl mit der Liga in Kontakt zu bleiben, um sich regelmäßig über aktuelle Problemlagen zu informieren und gemeinsame Schritte zu deren Linderung einzuleiten.

DARMSTADT

Eine Dosis Kunst, bitte!

Da das „Wohnzimmer" von BehindART, das Wissenschafts- und Kongresszentrum Darmstadtium, zu einem Impfzentrum umfunktioniert worden war, musste die große Gesamtausstellung erneut umziehen. Von Juli bis Oktober 2021 war BehindART zu Gast im Bildungszentrum des Hessischen Handels. Das Motto der Ausstellung „Eine Dosis Kunst, bitte!" nahm die Bedeutung der Kunst wieder in den Blick. Sie ermöglichte Begegnung in dieser besonderen und leider ansonsten sehr begegnungsarmen Zeit. Kunst als (manchmal überlebens-)notwendige Medikation in schweren Zeiten! Nach wie vor ist die inklusive Ausstellungsreihe BehindART ein Erfolgsmodell der besonderen Art. Künstler*innen mit und ohne Behinderung sind in Kunstgruppen, Workshops, Ateliers und in Werkstätten schöpferisch tätig. Beteiligt sind 21 Organisationen der Behindertenhilfe. Seit 2014 arbeiten auch freischaffende Künstler*innen in der Kunstinitiative mit und füllen dadurch den Inklusionsgedanken mit Leben. In den großzügigen Räumen des Bildungszentrums wurden unter der künstlerischen Projektleitung von Heidi Schrickel große und kleine Formate, Gegenständliches und Abstraktes gezeigt. Die Vernissage eröffneten Ute Horn, Geschäftsführerin Bildungszentrum des Hessischen Handels gGmbH, und Annette Zeeb, Assistentin der Geschäftsführung in der Regionalgeschäftsstelle Darmstadt des Paritätischen Hessen. Schirmherr war Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

AUTORIN Margit Balß



FRANKFURT

„Organisationen brauchen den Mut, Experimente zu wagen“

Die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Frankfurt konnte trotz der Corona-Pandemie im September 2021 im Saalbau Titus-Forum in Präsenz stattfinden.

Dr. Stefan Kaduk vom Beratungsunternehmen Musterbrecher sprach zum Thema „Unsicherheit und ihre Potenziale – über die Möglichkeit, die Erfahrung aus Krisen zu nutzen“. Er plädiert dafür, dass Führungskräfte einen kooperativeren Führungsstil anwenden sollten, indem sie die Rahmenbedingungen für die Veränderungen und die Arbeitsbeziehungen gestalten. Laut Kaduk brauchen Organisationen den Mut, Experimente zu wagen, um für einen offenen Ablauf und neue Erfahrungen zu sorgen. Durch diesen Impuls könnten im Experimentierprozess neue Energien geschöpft werden, die schließlich auch Organisationen erfolgreicher machen.

Getreu dem Motto: „Nicht alles, was wir ausprobieren, funktioniert – aber alles, was funktioniert, wurde irgendwann ausprobiert“, soll dies dazu beitragen, den Zeitgeist hinsichtlich der hierarchisch angeordneten Führungsstruktur weiterzuentwickeln und eine kooperative Struktur zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden zu etablieren.

Vorstandswahlen beim Stadtverband Frankfurt

Bei der Mitgliederversammlung wurde auch der neue Vorstand des Stadtverbands Frankfurt am Main für die kommenden drei Jahre bestimmt. Folgende Kreisgruppensprecher*innen wurden gewählt:

Arif Arslaner (Gesellschaft für Kultur und Bildung gGmbH), Gabi Becker (Integrative Drogenhilfe e. V.), Franz Biebl (Sozialwerk Main-Taunus), Axel Fuchs (KOMM Ambulante Dienste e. V.), Christine Heinrichs (Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e. V.), Frederic Lauscher (Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e. V.), Stefan Schäfer (Deutscher Kinderschutzbund Bezirksverband Frankfurt e. V.) und Ursula Poletti (St. Katharinen- und Weißfrauenstift, Stiftung des öffentlichen Rechts).

Wahl der Kreisgruppensprecher im Hoch- und Main-Taunus-Kreis

Im November 2021 tagten die Kreisgruppen des Main-Taunus-Kreises und des Hochtaunuskreises in den Räumlichkeiten der Lebenshilfe Main-Taunus e. V. in Hofheim, die als neues Mitglied des Paritätischen Hessen begrüßt wurde. Als Kreisgruppensprecher wurden gewählt: Berthold G. Neitzel (Familienzentrum/Müttertreff e. V. (zuständig für den Main-Taunus-Kreis) und Eberhard Emrich von Perspektiven e. V. (zuständig für den Hochtaunuskreis).

In der aktuellen Legislaturperiode ist es das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Sprechern und den Paritätischen Mitgliedsorganisationen zu intensivieren. Berthold G. Neitzel und Eberhard Emrich stehen als Ansprechpartner für die unterschiedlichen Belange der Mitgliedsorganisationen zur Verfügung.

Neben dem Rückblick auf das vergangene Jahr wurde auch auf bevorstehende Aufgaben und Veranstaltungen aufmerksam gemacht. Für das Jahr 2022 ist die Durchführung eines Sozialkongresses und eines Fachtages für den Bereich Frühe Hilfen geplant.

Die Neuauflage der Broschüre der Mitgliedsorganisationen des Main-Taunus-Kreises und Hochtaunuskreises bietet die Möglichkeit, neue Organisationen vor- und das breite Spektrum der Mitgliedsorganisationen in der Region darzustellen.

AUTOR Michael Zimmermann-Freitag

Politische Forderungen für die Region

Die Arbeit der Regionalgeschäftsstelle in Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis wurde neben den immer neuen Herausforderungen durch die Pandemie im ersten Drittel des Jahres aufgrund der Kommunalwahl von Gesprächen mit den Vertreter*innen der politischen Parteien geprägt.

Neben grundlegenden Forderungen des Paritätischen Landesverbands entwickelten die Sprecher*innen-Räte spezifische Forderungen für Wiesbaden und den Rheingau-Taunus-Kreis. Die Schwerpunkte der regionalen Forderungen bezogen sich im Rheingau-Taunus-Kreis vor allem auf die Einrichtung einer Sozialplanungsstelle für den Kreis, die Besetzung der Stellen für das Jugendamt und das Thema Wohnen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass ein hoher Informationsbedarf zum Thema Sozialplanung bestand. So organisierte die Regionalgeschäftsstelle für August einen Fachtag zum Thema Sozialplanung. Referentinnen waren die Leiterin der Abteilung Grundsatz und Planung der Stadt Wiesbaden, Rabea Krätschmer-Hahn, und Beate Hock, Leiterin des Amts für Soziale Arbeit.

An der Veranstaltung in Kiedrich nahmen unter anderem der Jugendhilfeplaner des Kreises und Bürgermeister sowie Vertreter*innen von Paritätischen Mitgliedsorganisationen teil. Landrat Frank Kilian sicherte zu, eine Vorlage für die Einrichtung einer Sozialplanungsstelle mit der Verwaltung zu erarbeiten.

Runder Tisch zum Thema Wohnen

Die Forderungen des Paritätischen zum Thema Wohnen führten zur Einrichtung eines Runden Tischs durch die Kreisverwaltung. Zunächst wurden Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen sondiert und die Zahl der Notunterkünfte in den Gemeinden abgefragt.

Musik und Kaffeespaß am Lieblingsplatz

WIESBADEN

In Wiesbaden engagierte sich der Paritätische mit den anderen Verbänden für bessere Zugänge zu den Ämtern. Die Corona-Pandemie führte dazu, dass viele Beratungen und Antragstellungen nur noch digital oder telefonisch möglich waren. Dies war für viele Menschen eine große Hürde und führte bei Mitgliedsorganisationen zu mehr Anfragen nach Unterstützung und Begleitung. Auch die zum Teil ausgefallenen Schuleingangsuntersuchungen des Gesundheitsamts boten Anlass für Kritik: Nur bei einem Drittel von über 2.000 einzuschulenden Kindern wurde 2021 die Erstuntersuchung durchgeführt.

Birgit Apel geehrt

Die langjährige Geschäftsführerin des Kinderschutzbunds in Wiesbaden und engagierte Sprecherin des Paritätischen vor Ort, Birgit Apel, wurde in den Ruhestand verabschiedet und ihr Engagement mit der Ehrennadel des Paritätischen Hessen gewürdigt.

AUTORIN Heike Lange

Erfolgreiche Saison des Cafémobils

Der Lieblingsplatz in Wiesbaden-Schierstein wurde in der Sommersaison 2021 wieder viermal pro Woche zum gern besuchten inklusiven Treffpunkt. Begleitend zum regelmäßen Getränkeangebot des Cafémobils gab es freitags ein Informations- und Unterhaltungsangebot, das von der Sparkassen Stiftung Hessen gefördert wurde. Ein Höhepunkt war die inklusive Zauber-Comedy-Show „Schlingelino und die Farben der Magie“, die Künstler Ingo Knito mit Unterstützung der hessischen Kulturstiftung darbot. Fred P. Lohr, der das Cafémobil seit Beginn des inklusiven Projekts mit Musik und Mitmachangeboten begleitet, komponierte den Song „Kaffeespaß am Lieblingsplatz“ fürs Cafémobil. Die originelle Begleitung von Kay-Uwe Gebert mit seiner Gießkannen-Trompete wurde sogar in einem Radiobeitrag des Hessischen Rundfunks vorgestellt.

Das Cafémobil erfreute auch die Bewohner*innen des Altenheims Jan-Niemöller-Haus in Schierstein, indem es an einem Nachmittag dort Kaffee und heiße Schokolade anbot.

Seit 2021 gibt es auch die Möglichkeit, das Cafémobil und sein inklusives Serviceteam für Veranstaltungen und Feste zu buchen. Das 2018 initiierte Projekt – koordiniert von Antje Meinzer – erhält Fördermittel der Stadt Wiesbaden und von der Aktion Mensch. Diese verlängerte den Förderzeitraum wegen der Corona-Pandemie bis November 2021. Für die Fortführung des Projekts müssen nun neue Finanzquellen erschlossen werden.

Gefördert durch die Aktion Mensch

Nächster Halt Sozialpolitik?!
Video-Dreh zur Kommunalwahl

GIESSEN

„Nächster Halt Sozialpolitik?!“

Um vor der Kommunalwahl in Mittelhessen mit den Spitzenkandidat*innen über soziale Themen ins Gespräch zu kommen und Forderungen des Paritätischen zu platzieren, galt es coronabedingt neue Formate zu finden. Die Kreisgruppe Gießen lud daher zu einer Busfahrt ein. „Nächster Halt Sozialpolitik?!“ – unter diesem Motto entstanden sechs Kurzvideos, in denen Vertreter*innen Paritätischer Träger mit den Kandidat*innen ins Gespräch kamen.

Die Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Ausgrenzung und Armut“. Hier wurden die Spitzenkandidat*innen zu den Themenfeldern „Sozialverträgliches Wohnen“, „Arbeit und Beschäftigung“ und „Jugendhilfe“ nach ihren Positionen befragt. Das Netzwerk Beschäftigungsförderung in der Kreisgruppe Limburg-Weilburg kam mit den Kreistagsfraktionen sowie den Direktkandidat*innen für die Bundestagswahl in Video-Konferenzen zusammen. In einem intensiven Austausch stand vor allem die Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe für benachteiligte Menschen im Mittelpunkt.

Qualifizierung für Gremienarbeit

Nach der Kommunalwahl mussten alle Gremien neu besetzt werden. In allen Kreisgruppen gab es einen Austausch und Absprachen darüber, wie die Paritätischen Träger gut in den unterschiedlichen Ausschüssen, Beiräten und Arbeitsgruppen vor Ort vertreten sein können. Die Regionen des Paritätischen Hessen und die Paritätische Akademie Süd konzipierten eine Qualifizierungsreihe für Gremienvertreter*innen, um diese gut für ihre Aufgabe vorzubereiten und ihnen das notwendige „Werkzeug“ an die Hand zu geben.

Fachkräftemangel und -sicherung

Das Thema Fachkräfte finden und halten ist bei allen Trägern präsent und spiegelt sich in unterschiedlichen Aktionsformaten wider. Um Schüler*innen für einen sozialen Beruf zu interessieren und zu begeistern, gilt es beispielsweise, niedrigschwellige Zugänge zu schaffen, damit die jungen Menschen in die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder der Träger hineinschnuppern können. In einer anderen Kreisgruppe hat der Paritätische in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege eine Arbeitsgruppe gegründet, die gemeinsam mit weiteren Akteur*innen die Attraktivität des Lebens und Arbeitens im Landkreis steigern will. In Zusammenarbeit mit einem kommunalen Jobcenter werden Maßnahmenformate entwickelt, wie auch gering oder gar nicht beruflich qualifizierte Menschen für Tätigkeiten im sozialen oder pflegerischen Bereich fit gemacht werden können.

Armut verstärkt sich durch Corona

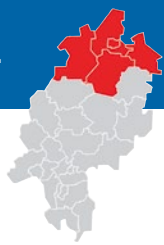
Die Pandemie wirkte nach wie vor wie ein „Brennglas“ und verstärkte an vielen Stellen und für viele Gruppierungen die (strukturelle) Benachteiligung. In Marburg konnte für die „Armutskonferenz“ Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, als Referent gewonnen werden. Er beschrieb anhand des Paritätischen Armutsberichts und mit Beispielen aus der Praxis eindringlich die regionale und soziale Spaltung Deutschlands. Die „Strategien zur Armutsbekämpfung“ auf lokaler Ebene wurden angerissen – hier gilt es, weiter am Thema zu bleiben und Forderungen an Politik und Verwaltung zu richten. Im Lahn-Dill-Kreis beschäftigte sich die Kreisgruppe mit dem Thema „Kinderarmut“. Dort wurde der Blick insbesondere auf die ungleichen Teilhabechancen für alle Kinder gerichtet. Im Austausch mit dem Jobcenter wurden Strategien entwickelt, das „BuT“ (Bildungs- und Teilhabepaket) bei Familien und Vereinen nochmals intensiver zu bewerben.

Wahl der Kreisgruppen-Sprecher*innen

2021 fand in allen Kreisgruppen die Wahl der Sprecher*innen statt. Neu begrüßt wurden: Martin Kraus (Lahn-Dill-Kreis), Christine Stapf und Horst Viehl (Marburg-Biedenkopf). Verabschiedet wurden: Karl-Ludwig Kreuzburg und Rainer Dolle. Alle anderen Sprecher*innen wurden erneut in ihren Ämtern bestätigt.

AUTORIN Claudia Klee

KASSEL



Interview mit der Band MIA. (von links): Christina Bekel (Spielmobil Rote Rübe), Mietze Katz und Bob Schütze (MIA.) und Rosa-Maria Hamacher, Regionalgeschäftsführerin des Paritätischen Nordhessen.

„Rote Rübe“ als neuer Nachbar

Pünktlich zu den ersten Sonnenstrahlen im Frühjahr wurde es auch rund um die Regionalgeschäftsstelle in Kassel bunt. Das Spielmobil Rote Rübe e. V. wurde direkter Büronachbar des Paritätischen. Es bringt jede Menge Aktivitäten, gute Stimmung und viele Ideen für gemeinsame Projekte mit. Eines davon ist das „Pünktchen“, eine mit Kinderzeichnungen und Sprüchen bemalte Straßenbahn der Kasseler Verkehrsgesellschaft. Sie sorgte ab Mai für eine bunte Auflockerung im Corona-Alltag in der Stadt Kassel. Zum Weltspieltag machten die Paritätische Regionalgeschäftsstelle und die Rote Rübe gemeinsam darauf aufmerksam, wie wichtig Spielen für Kinder und Jugendliche ist und wie sehr gerade in Phasen der Pandemie-Isolation darauf geachtet werden muss, dass Kindern dieses Recht eingeräumt wird. Darum gab es auf der bunten Straßenbahn auch einen schwarz-weißen QR-Code: Über diesen kamen die Kasseler*innen auf eine Internet-Seite, auf der sie ihre Lieblingsspiele und Aktivitäten teilen konnten.

„Politik ist (k)ein Ponyhof“

Mit der Corona-Pandemie haben Online-Veranstaltungsformate verstärkt an Bedeutung gewonnen. Sie ermöglichen über räumliche Grenzen hinweg vielen Menschen die Teilnahme und sind immer wieder abrufbar. Aus diesem Grund entschied die Regionalgeschäftsstelle, ihre Veranstaltungen zur Bundestagswahl im September 2021 als Videoclips zu konzipieren. Unter der Überschrift „Politik ist (k)ein Ponyhof“ wurden vier Bundestags-Kandidat*innen zur Mitgliedsorganisation Ponydrome eingeladen. Vor einer traumhaften Kulisse – hier wurde auch der Film Ostwind gedreht – entstand eine Interview-Reihe zu sozialpolitischen Themen. Verbunden natürlich mit einer Runde mit den vierbeinigen Ponydrome-Kolleg*innen. Die Clips sind noch auf dem YouTube-Kanal „paritaet Nordhessen“ zu finden.

Interview mit der Band MIA.

Das Kulturzelt in Kassel ist eine feste Eventgröße im nordhessischen Sommer. Umso mehr freute die Regionalgeschäftsstelle sich über eine großzügige Ticketspende der Wintershall Dea, die Mitgliedsorganisationen kostenfreien Eintritt ermöglichte. Ein Highlight war dabei das Konzert der Band MIA. Nicht nur wegen der großartigen Show, sondern auch, da sich die Band vor dem Auftritt die Zeit für ein Interview in der Regionalgeschäftsstelle nahm, in dem es auch um den Stellenwert der Arbeit des Paritätischen ging.

Die großen Herausforderungen packt man am besten nicht alleine an, sondern sucht sich Verbündete und Partner*innen. Gemeinsam mit der Stadt Kassel organisierte die Regionalgeschäftsstelle Nordhessen eine sehr gut besuchte Online-Veranstaltung zum Thema „Verschwörungstheorien“. Zudem ist der Paritätische Nordhessen Partner von „Standpunkt“. Standpunkt ist eine Initiative, die Menschen zusammenbringt, die neugierig auf die Aussagen und Argumente anderer Menschen sind und die vom Austausch der Meinungen, Haltungen und Standpunkte anderer profitieren wollen. Der Paritätische Nordhessen will Standpunkte sichtbar machen – in ihrer Vielfalt und ihren Gemeinsamkeiten.

AUTORIN Rosa-Maria Hamacher

FULDA

Soziale Themen verstärkt in die Kommunalpolitik gebracht

Die Neuwahl der Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente sowie Bürgermeister- und Landratswahlen im März 2021 boten Anlass, verstärkt den Dialog mit der Politik zu sozialen und verbandsrelevanten Themen zu führen.

Neue Arbeitsgruppen im Vogelsberg

Im Vogelsberg trafen sich Vertreter*innen der Paritätischen Kreisgruppe zu Online-Interviews mit Vertreter*innen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freien Wählern. Die etwa einstündigen Gespräche wurden auf YouTube veröffentlicht. Ein Redakteur des Lauterbacher Anzeigers moderierte die Gespräche und berichtete auch in der Zeitung darüber. Die Fragen an die Politiker*innen drehten sich um die Themen Wohnraum, Mobilität, Digitalisierung, Ländlicher Raum und Sozialplanung. Es wurde deutlich, dass es einer größeren Öffentlichkeit bedarf, um Veränderungen zu bewirken. In der Folge gründete die Kreisgruppe eine AG Wohnen und eine AG Mobilität, die sich weiter mit diesen zentralen Themen befassen. Die AG Wohnen will dafür auch einen Runden Tisch im Vogelsberg schaffen.

Fragen und Forderungen an die Parteien

In Fulda verschickte die Kreisgruppe an alle demokratischen Parteien einen schriftlichen Forderungs- und Fragenkatalog, der von den meisten ausführlich beantwortet wurde. Die Antworten wurden über die sozialen Medien veröffentlicht. Zudem wurden zu den Themen Wohnraum, Barrierefreiheit und ländlicher Raum animierte Clips erstellt, die über den Offenen Kanal Fulda und auf dem YouTube-Kanal des Paritätischen Hessen (Der Paritätische Hessen – Geschäftsstelle Fulda) veröffentlicht sind.

Liga fordert Sozialplanung im Kreis Hersfeld-Rotenburg

In Hersfeld-Rotenburg wurde der Forderungs- und Fragenkatalog an die Parteien von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege erstellt und die Antworten anschließend veröffentlicht.

Die Liga befasste sich bei einem Klausurtag mit Andreas Kämper, Geschäftsführer der GOE Bielefeld, intensiv mit dem Thema Sozialplanung. Diese stand auch im Fokus eines Liga-Gesprächs mit dem neuen Landrat Torsten Warnecke. Darüber soll auch ein zweites Gespräch mit dem neuen Ersten Kreisbeigeordneten Dirk Noll geführt werden.

Die Forderungs- und Fragenkataloge bedingten eine intensive Beschäftigung mit den verschiedenen Themen, von der die Beteiligten aus den Liga-Verbänden sehr profitierten.

Hohe Hürden für Schwangerschaftsabbrüche

Die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen des Paritätischen in Osthessen kritisieren, dass es in der gesamten Region keine*n Ärzt*in für einen Schwangerschaftsabbruch gibt. Auch in den drei öffentlichen Krankenhäusern wird diesbezüglich keine Versorgung angeboten. Die betroffenen Frauen müssen daher weite Wege bewältigen. Begleitpersonen und die Versorgung von Angehörigen müssen organisiert sowie Fahrtkosten aufgebracht werden. Das kann hohe Hürden bedeuten, vor allem wenn das soziale Umfeld nichts von dem Abbruch erfahren soll.

Für die Beratungsstellen wird es immer schwieriger, Betroffene an eine gute medizinische Versorgung weiterzuvermitteln. Diese Problematik war Thema von Gesprächen, die Regionalgeschäftsführerin Karola Günther und Kristina Nottbohm, Referentin für Frauen und Mädchen beim Paritätischen Landesverband Hessen, mit Bündnis 90/Die Grünen und den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen führten. Karola Günther stellte die Problematik überdies im Zusammenhang mit dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz im Sozialausschuss des Landtags ausführlich dar.

Neu gegründet wurde ein osthessischer Arbeitskreis zur Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Er beschäftigt sich mit Fragen der Gewaltprävention schon in Kindergarten und Schule sowie mit (fehlenden und notwendigen) Hilfsangeboten für Frauen und Mädchen. Die Ergebnisse werden zu sozialpolitischen Positionen verarbeitet. Das Besondere des Arbeitskreises ist die breite Beteiligung von Akteur*innen aus Beratungsstellen, Sozialverbänden, Schulen und Selbsthilfegruppen.

AUTORIN Karola Günther

ZAHLEN UND FAKTEN

FRANKFURT AM MAIN HERBORN KORBACH ESCHWEGE KELKHEIM DARMSTADT

NEUE MITGLIEDS-ORGANISATIONEN 2021

5p-minus-Syndrom e. V. in Erzhausen

Der Zweck des Vereins ist es, Kontakte und Erfahrungsaustausch zwischen Familien mit Menschen mit Cri-du-Chat-Syndrom zu ermöglichen, sowie die Organisation von Treffen und die Gewährleistung von psychischer Hilfestellung in Notsituationen.

www.5p-syndrom.de

Abá – Arbeitskreis für Menschenrechte in Brasilien in Frankfurt am Main

Zweck des Vereins ist die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit im Globalen Süden, insbesondere in Brasilien, und die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, der Völkerverständigung und der Menschenrechte in Deutschland und im Globalen Süden.

www.aba-ev.org

Die Klabauter e. V. in Kassel

Zweck des Vereins ist die Realisierung qualitativer und familiennaher Kinderbetreuung durch die gemeinsame Arbeit mit den jeweiligen Eltern.

www.naturkindergarten-kassel.de

Empowering People e. V. in Wiesbaden

Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsgeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Menschen mit Behinderung sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- u. Katastrophenopfer; Förderung des Suchdienstes für Vermisste.

www.empoweringpeople.online

Forum für Interkulturellen Dialog e. V. in Frankfurt am Main

Der Verein verfolgt das Ziel, das friedliche Zusammenleben und den Dialog zwischen Angehörigen von unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Nationen zu fördern.

www.fidev.org

Freundeskreis Theaterlabor INC. e. V. in Darmstadt

Gemeinsam mit dem Theaterlabor INC. werden inklusive Projekte mit altersübergreifenden, jeweils für das Projekt formierten Gruppen ausgeführt. Dabei arbeiten Menschen mit unterschiedlichen Handicaps zusammen in Kunstprojekten, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und für gelebte Inklusion stehen.

www.freundeskreis-theaterlaborinc.com

Hand & Ohr gemeinnützige GmbH in Herborn

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Alten- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Bildung.

www.hand-ohr.de

Herzstück Familie e. V. in Kassel

Vereinszweck ist die Förderung von Familien mit einer Krebs-Erkrankung oder einer anderen schwerwiegenden chronischen Erkrankung mit Hilfe des systemtherapeutischen Ansatzes. Eine kindzentrierte Ausrichtung steht dabei im Vordergrund.

www.herzstueck-familie.de

Hospiz- und PalliativNetz Werra-Meißner e. V. in Eschwege

Der Verein trägt dazu bei, die Versorgung und damit die Lebensqualität der Menschen in der letzten Phase des Lebens zu verbessern, die Autonomie und Würde zu erhalten, ein Leben und Sterben individuell in der gewünschten Umgebung zu ermöglichen und Angehörige wie Freunde zu begleiten und zu entlasten.

www.hpnwm.de

Kneipp-Verein Bad Schwalbach/ Rheingau-Taunus e. V. in Bad Schwalbach

Zweck des Vereines ist die Verbreitung der Lehre von Sebastian Kneipp vom gesunden Leben und naturgemäßen Heilen. Er fördert das öffentliche Gesundheitswesen, Kneipp-Anlagen, die Gesundheitsbildung sowie die Verbreitung von Naturheilverfahren und das Kur- und Badewesen von Bad Schwalbach und im gesamten Rheingau-Taunus-Kreis.

www.kneipp-verein-bad-schwalbach.de

DIEBURG BAD SCHWALBACH MARBURG KASSEL WIESBADEN ERZHAUSEN ERLENSEE

KUBI Gesellschaft für Kultur und Bildung gGmbH in Frankfurt am Main

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Hilfe für Student*innen sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

www.kubi.info

Lebenshilfe Dieburg – Verein für Menschen mit Behinderungen e. V. in Dieburg

Aufgabe und Zweck des Vereins ist die Förderung aller Maßnahmen und Einrichtungen, die eine wirksame Hilfe für Menschen mit Behinderungen in allen Altersstufen, ihren Familien, Angehörigen und gesetzlichen Betreuer*innen bedeuten.

www.lebenshilfe-dieburg.de

Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Kreisvereinigung Main-Taunus e. V. in Kelkheim

Der Verein sorgt dafür, dass Menschen mit einer geistigen und mehrfachen Behinderung ihre Interessen weitestgehend selbst vertreten können und fördert die Zusammenarbeit zwischen und mit den Eltern, Angehörigen und den Sorgeberechtigten.

www.lebenshilfe-main-taunus.de

Lebenshilfe Waldeck e. V. in Korbach

Zweck des Vereins ist die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen, die eine wirksame Hilfe für Menschen mit Behinderungen aller Altersstufen bedeuten.

www.lebenshilfe-waldeck.de

Lebenshilfewerk Marburg-Biedenkopf e. V. in Marburg

Der Verein will in Wahrnehmung sozialer, kirchlicher und diakonischer Verantwortung Menschen mit Behinderung Hilfen und Förderung gewähren und sie dadurch am Leben in der Gemeinschaft teilhaben lassen.

www.lebenshilfewerk.net

MainWeg gGmbH in Frankfurt am Main

Zweck der Gesellschaft ist u. a. die Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen in sozialen Schwierigkeiten und mit Behinderung, insbesondere von wohnungslosen und arbeitslosen Menschen sowie Menschen in gewaltgeprägten Lebensumständen und Menschen, die aus einer geschlossenen Einrichtung entlassen wurden.

www.main-weg.net

Raum für Wort & Wildnis e. V. in Kassel

Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe, der Kunst und Kultur, der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschl. Studierendenhilfe sowie des Natur- und Umweltschutzes.

www.wortundwildnis.de

SHK BeWo gemeinnützige UG in Erlensee

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung sowie deren Inklusion in die Gesellschaft, unter anderem auch durch Hilfe bei der Beschaffung barrierefreien Wohnraums.

www.selbsthilfe-erlensee.de

sustainABLE e. V. – Kompetenz für nachhaltige Entwicklung und menschenwürdiges Arbeiten in Kassel

Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, sowie Erziehung und beruflicher Qualifikation.

vae gemeinnützige GmbH in Frankfurt am Main

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der Jugendhilfe, Erziehung und Berufsbildung, des Wohlfahrtswesens und der Hilfe für Menschen mit Behinderung sowie die Verfolgung mildtätiger Zwecke.

www.vae-ev.de

Verein gegen sexualisierte Gewalt Kassel e. V. in Kassel

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb einer Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt mit Sitz in Kassel und optional an weiteren Standorten im Landkreis Kassel.

www.fax-kassel.de

Arbeitsfelder und Beitragsaufkommen 2021

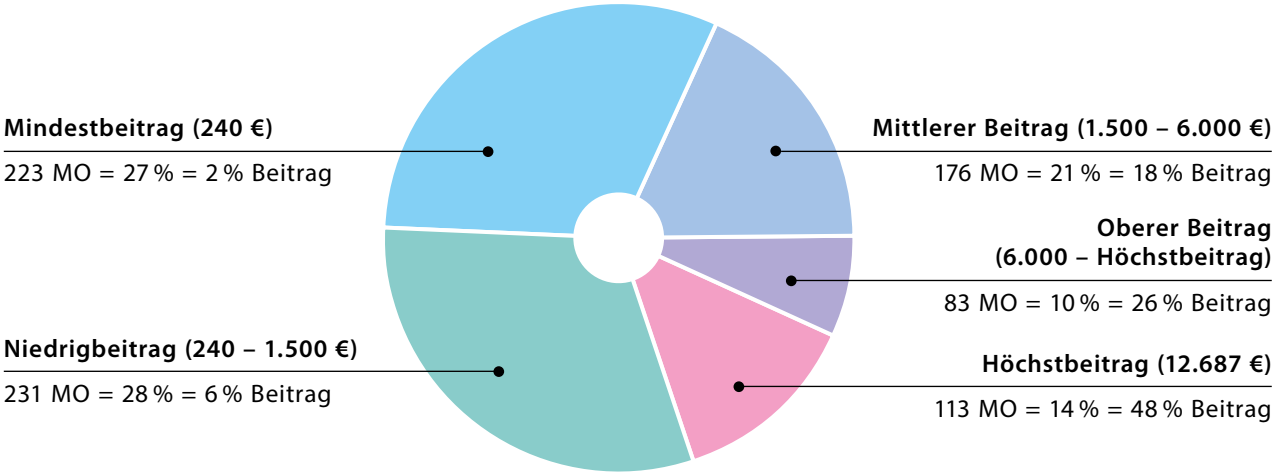
MITGLIEDER-STATISTIK

Die Verteilung der Mitgliedsorganisationen auf die Arbeitsfelder des Paritätischen Hessen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Der mitgliederstärkste Fachbereich ist nach wie vor die Kinder- und Jugendhilfe mit 27 Prozent der Mitgliedsorganisationen. Im Fachbereich Behindertenhilfe arbeiten 15 Prozent der Mitgliedsorganisationen, gefolgt vom Fachbereich Frauen und Mädchen mit elf Prozent. Auffällige Zuwächse verzeichneten vor allem die Fachbereiche Behindertenhilfe (+acht Mitgliedsorganisationen) und Migration (+vier Mitgliedsorganisationen). Mitgliederverluste gab es in den Fachbereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Altenhilfe. Von den 838 Mitgliedsorganisationen im Paritätischen Landesverband Hessen arbeiten 70 Prozent in mehr als einem Fachbereich.

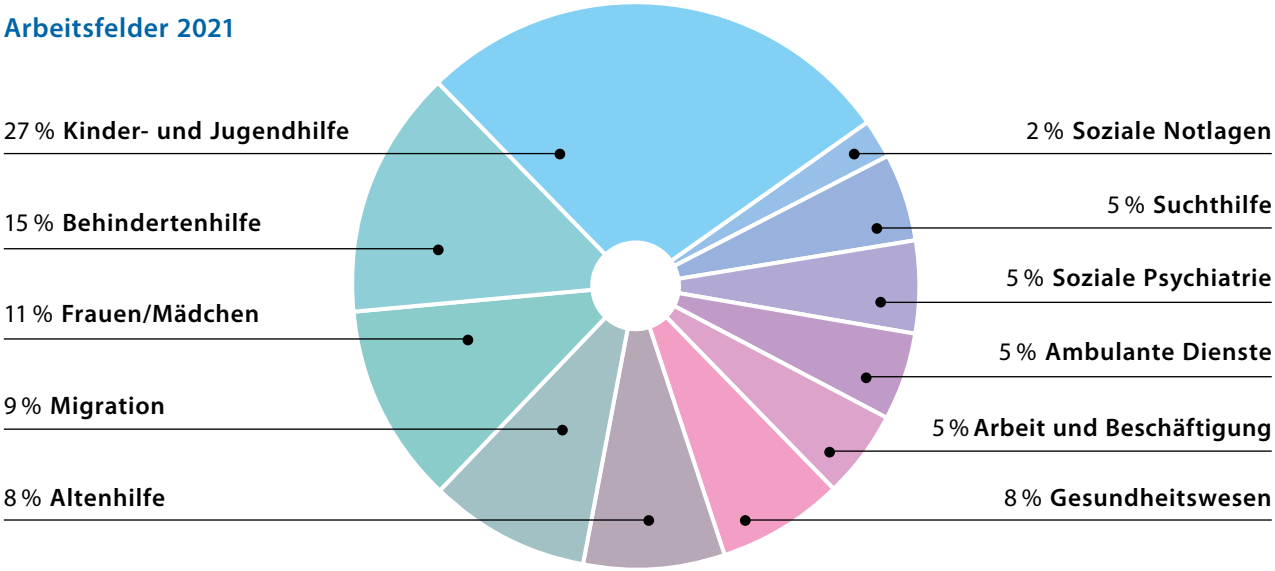
Die Summe der Erlöse aus Mitgliedsbeiträgen lag 2021 bei rund drei Millionen Euro. Hier konnte eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. Ursächlich sind auch in diesem Geschäftsjahr die von der Mitgliederversammlung 2019 beschlossene Beitragsanpassung sowie die 2020 von der Mitgliederversammlung zusätzlich beschlossene Dynamisierung des Beitragssatzes und des Höchstbeitrags. Die stabilen Einnahmeentwicklungen bei den allermeisten Bestandsmitgliedern wirkten sich auch 2021 positiv auf die Beitragserlöse aus. Nach jetzigem Stand sorgen die Beitragseinnahmen für eine mittelfristige Finanzierung des Verbandes. Mittlere und große Mitgliedsorganisationen tragen mit ihrem Wachstum maßgeblich zu einer verbesserten Beitragsentwicklung bei und verbildlichen damit das Solidarprinzip im Paritätischen Landesverband Hessen.

Mitgliederanzahl/Beitragsaufkommen 2021

(rd. 3 Mio. € Jahresbeitrag) nach Beitragsgruppen



Arbeitsfelder 2021



Mitgliederentwicklung 2021

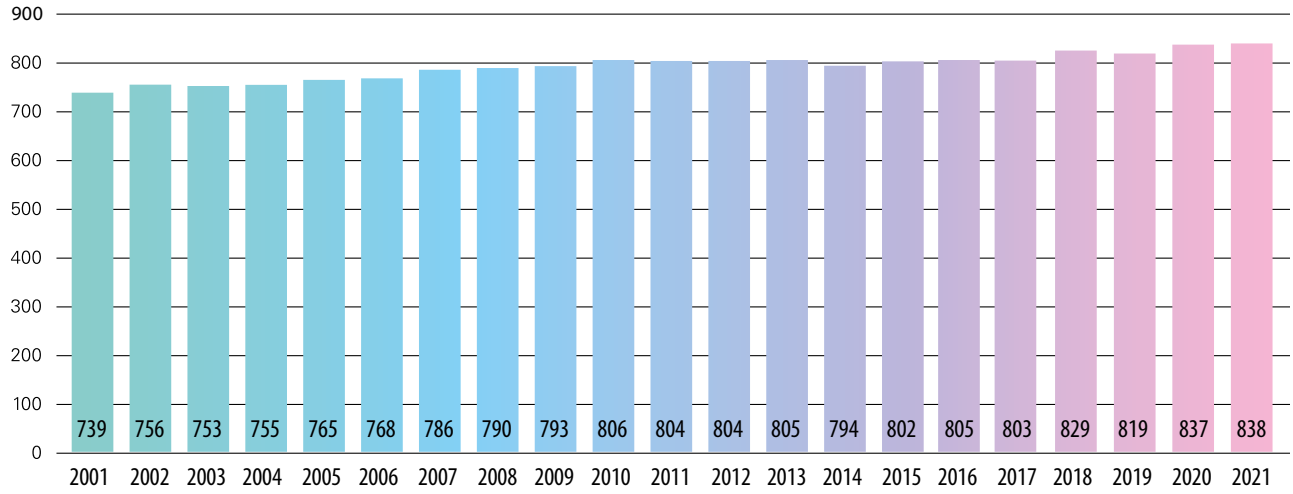
Der Paritätische Landesverband Hessen verzeichnet für das Jahr 2021 insgesamt 838 ordentliche Mitgliedsorganisationen. Die Anzahl der neuen Mitgliedsorganisationen lag bei 21, die Anzahl der Organisationen, die ihre Mitgliedschaft im Landesverband beendet haben, lag bei 20. Damit setzte sich 2021 der Trend zur Stagnation der Mitgliedergesamtzahl nach einem erfreulich positiven Schub im Vorjahr wieder fort. Knapp die Hälfte der Neumitgliedschaften entfällt auf sehr kleine Organisationen (neun von 21). Wie im Vorjahr schon, haben in 2021 aber auch wieder vier besonders große Organisationen den Zugang zum Verband gefunden.

Die Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband wie dem Paritätischen mit seiner hohen Beratungskompetenz, seiner wirksamen Interessenvertretung und seiner ausgebauten Finanzmittelförderung hat gerade in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie einen besonderen Wert. Dies bindet die Organisationen noch stärker an ihren Dach- und Spitzenverband. Bei den Mitgliedsorganisationen kann erneut erfreulich festgestellt werden, dass sich diese trotz Corona-Krise auch 2021 in einer finanziell stabilen Situation befanden.

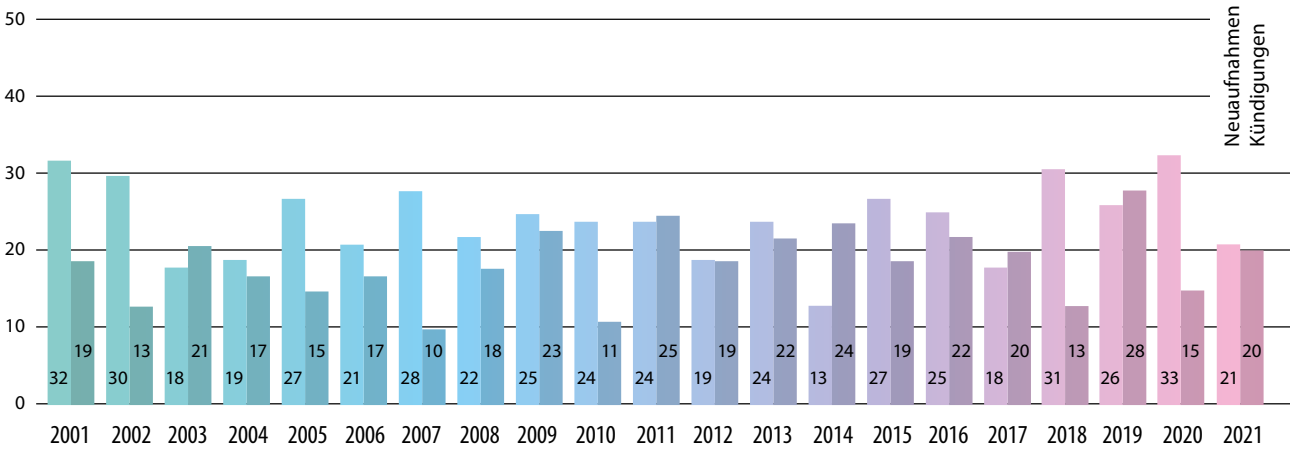
MITGLIEDER-ENTWICKLUNG

AUTOR Peter Miessner
KONTAKT bigay.morawitz@paritaet-hessen.org

Mitgliederentwicklung 2001–2021



Neuaufnahmen und Kündigungen 2001–2021



Paritätische Projekte gemeinnützige Gesellschaft mbH

TOCHTER-GESELLSCHAFT

Die Paritätische Projekte gemeinnützige GmbH wurde im Jahr 2000 als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Paritätischen Landesverbands Hessen e. V. gegründet. Als Trägerin unterschiedlicher sozialer Einrichtungen und Dienste in Hessen, die in vielfältigen Feldern sozialer Arbeit aktiv sind, ist die Paritätische Projekte gemeinnützige GmbH stets der Unterstützung und Förderung, Ausbildung, Beschäftigung und (Wieder-) Eingliederung der ihr anvertrauten Menschen verpflichtet. Insbesondere den von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzten oder von Ausgrenzung bedrohten Menschen und sozialen Gruppen gilt ihr Engagement.

Durch die Einrichtungen unter dem Logo und Namen des Paritätischen trägt die Tochtergesellschaft zur positiven Wahrnehmung der Marke Parität bei Nutzer*innen der sozialen Arbeit sowie bei (potenziellen) Mitarbeiter*innen und der lokalen Öffentlichkeit bei.

DER PARITÄTISCHE
PARITÄTISCHE PROJEKTE
gemeinnützige Gesellschaft mbH

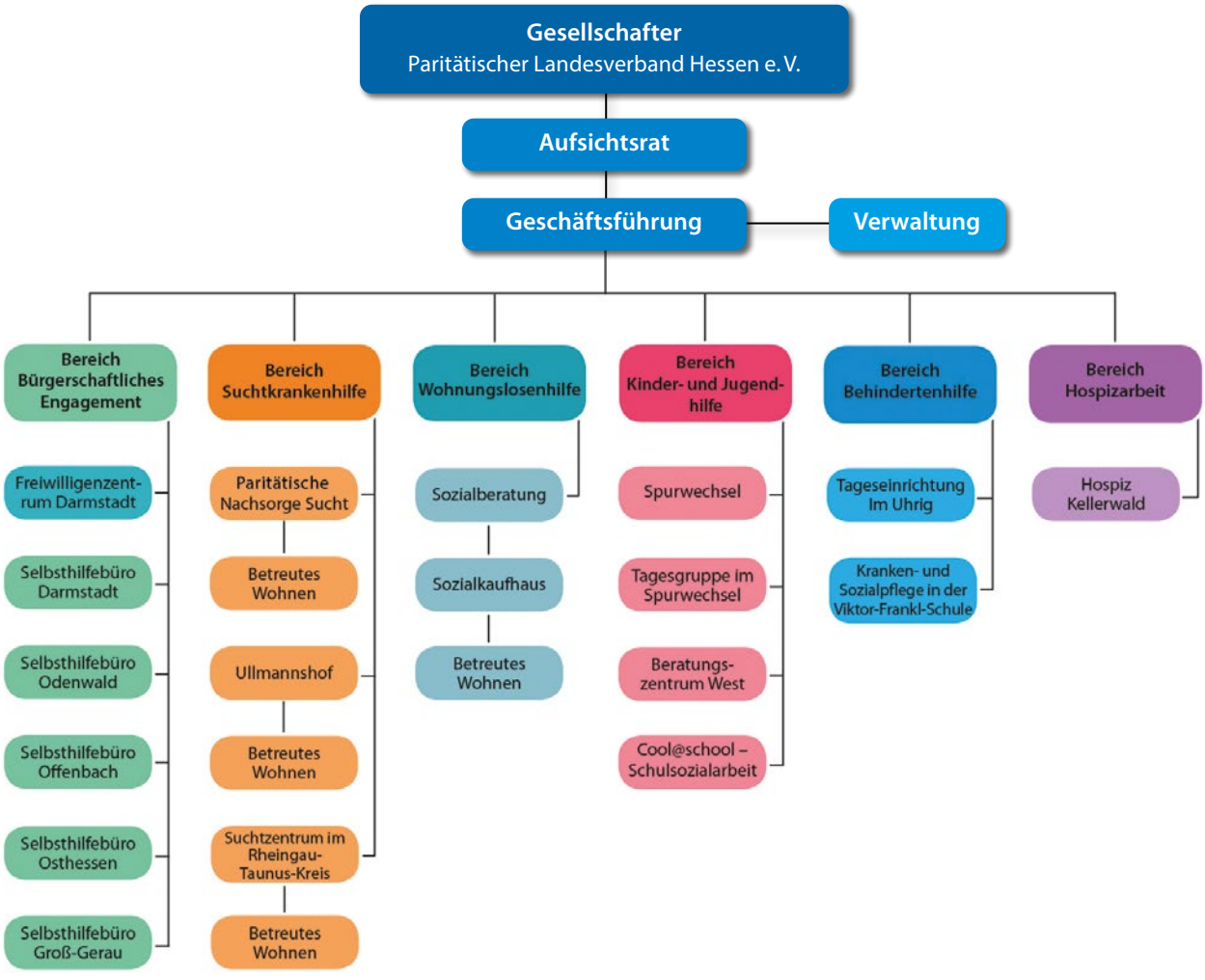
Kontakt

Paritätische Projekte
gemeinnützige GmbH
Lurgiallee 14
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 / 2 47 47 34 30
E-Mail: info@paritaet-projekte.org

www.paritaet-projekte.org
www.paritaet-selbsthilfe.org
www.freiwilligenzentrum-darmstadt.org

Die Mitarbeiter*innen sind in folgenden Bereichen und Einrichtungen tätig:



DER PARITÄTISCHE HESSEN

ORGANIGRAMM

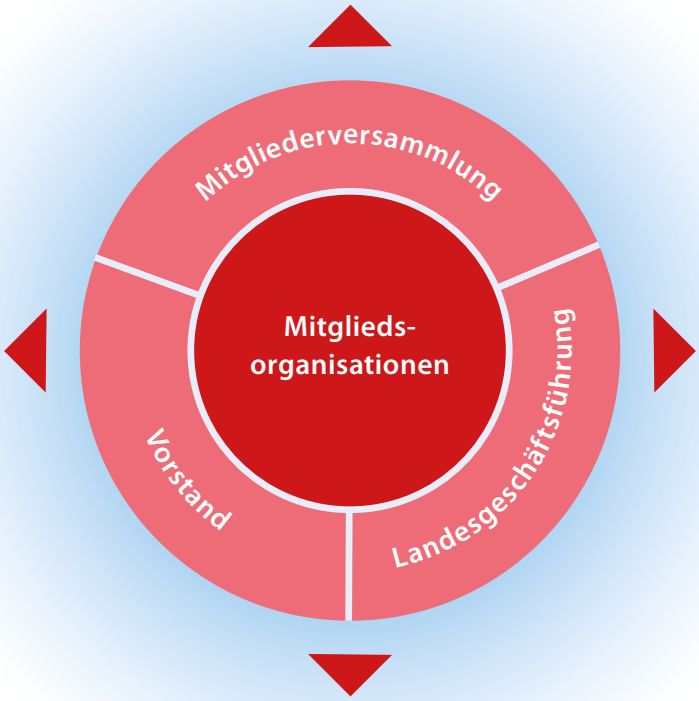
Team Regionalgeschäftsstellen

jeweils Sekretariat/Assistenz

Offenbach 6 | Darmstadt 7 | Frankfurt | Wiesbaden 8 9 | Gießen | Kassel | Fulda

Team Soziale Arbeit

- Sekretariat/Assis.
- Altenhilfe, Gesundheit, Pflege
- Arbeitsmarkt-politik 3
- Europa
- Behindertenhilfe 4
- Soziale Psychiatrie
- Frauen & Mädchen 5
- Kinder- & Jugendhilfe
- Migration, Flucht & Asyl
- Soziale Notlagen
- Suchthilfe
- Kita
- Fachberatung Kita



Team Landesgeschäftsführung

- Sekretariat/Assis.
- Stabsstelle Referent*in der Landesgeschäftsführung
- Stabsstelle Grundsatz
- 1 Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit
- Mitglieder-verwaltung

Team Wirtschaft & Recht

- Sekretariat/Assis.
- 2 Finanz- und Betriebsmanagement
- Fördermittel
- Recht
- Betreuungsvereine

Kooperation der Landesgeschäftsstelle mit der Paritätischen Projekte gGmbH

Dienstleistungen / Verwaltung

LV – PP	PP – LV	
Allgemeine Verwaltung	Personal	Rechnungswesen

Stand: September 2022

Projekte

1. Schutz wohlfahrtspflegerischer Einrichtungen vor politischer Anfeindung und Drangsalierung
2. Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB)
3. VeBB – Chancen von Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund im Zeitalter der Digitalisierung
4. Bundesteilhabegesetz (BTHG)
5. Hessische Koordinationsstelle gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen
6. Qualitätsprogramm Offenbach
7. behindART
8. Kultur Mittendrin, inklusives Kulturbüro
9. Schierstein – Inklusion für alle

AUTOR*INNEN

Margit Balß
Regionalgeschäftsführerin in Darmstadt
darmstadt@paritaet-hessen.org

Markus Frank
Referent für Recht
markus.frank@paritaet-hessen.org

Karola Günther
Regionalgeschäftsführerin in Fulda
fulda@paritaet-hessen.org

Eric Gumlich
Referent für Kinder- und Jugendhilfe
eric.gumlich@paritaet-hessen.org

Rosa-Maria Hamacher
Regionalgeschäftsführerin in Kassel
kassel@paritaet-hessen.org

Barbara Helfrich
Referentin für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Marion Hersina
Referentin für Altenhilfe
und Gesundheitswesen
marion.hersina@paritaet-hessen.org

Nina Hollatz
Team Förderwesen
Projekt VeBB
nina.hollatz@paritaet-hessen.org

Claudia Klee
Regionalgeschäftsführerin in Gießen
giessen@paritaet-hessen.org

Claudia Landor
Team Förderwesen
claudia.landor@paritaet-hessen.org

Heike Lange
Regionalgeschäftsführerin in Wiesbaden
wiesbaden@paritaet-hessen.org

Lars Lauer
Referent für Suchthilfe und Soziale Notlagen
lars.lauer@paritaet-hessen.org

Artur Louis
Referent der Geschäftsführung
Team Förderwesen, Referat Europa
artur.louis@paritaet-hessen.org

Sven Malsy
Regionalgeschäftsführer in Offenbach
sven.malsy@paritat-hessen.org

Peter Miessner
Stellvertretender Landes-
geschäftsführer
peter.miessner@paritaet-hessen.org

Alexandra Ommert
Leiterin des Projekts zur Koordinierung der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend
alexandra.ommert@paritaet-hessen.org

Kristina Nottbohm
Referentin für Frauen/Mädchen
kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org

Oliver Rodenhäuser
Abteilungsleiter Wirtschaft
und Recht
oliver.rodenhaeuser@paritaet-hessen.org

Lea Rosenberg
Referentin für Migration, Flucht und Asyl
lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Brigitte Roth
Referentin für Behindertenhilfe
und Soziale Psychiatrie
brigitte.roth@paritaet-hessen.org

Stefan Schletter
Projektkoordination von Kultur Mittendrin
in Wiesbaden
kulturmittendrin@paritaet-hessen.org

Heidi Schlütter
Referentin für Betreuungsvereine
heidi.schluetter@paritaet-hessen.org

Rita Schroll
Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros
für Frauen mit Behinderung
hkfb@paritaet-hessen.org

Dr. Daniela Wehrstein
Fachreferentin für Kitas und Netzwerk Paritätische
Fachberatung Kindertageseinrichtungen
daniela.wehrstein@paritaet-hessen.org

Daniela Wilhelm
Netzwerk Paritätische Fachberatung
Kindertageseinrichtungen
daniela.wilhelm@fachberatung-kita.org

Annette Wippermann
Referentin für Grundsatzfragen
sowie Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung
annette.wippermann@paritaet-hessen.org

Michael Zimmermann-Freitag
Regionalgeschäftsführer in Frankfurt
frankfurt@paritaet-hessen.org

IMPRESSUM

Bildnachweis

Coverbild: Corona – ein Gemeinschaftsbild der BehindART-Künstler*innen A. Martin, D. Schwager, G. Grünhagen, R. Arora, R. Trappen, W. Kozuscheck
S. 6 iStock, SilviaJansen
S. 7 iStock, monkeybusinessimages
S. 8 iStock, irina imago
S. 9 Startupstockfotos, Pixabay
S. 10 iStock, SilviaJansen
S. 12 iStock, Lithiumcloud
S. 13 iStock, Yakobchuk Olena
S. 14 iStock, Mixmike
S. 15 Pexels, gustavo-fring
S. 16 iStock, Katarzyna Bialasiewicz
S. 17 ZDF/ZDF Magazin Royale
S. 19 iStock, style-photography
S. 20 iStock, daisy-daisy
S. 23 iStock, SDI Producitons
S. 24 iStock, SilviaJansen
S. 26 Barbara Helfrich
S. 27 VeBB
S. 33 Ausstellungsflyer von BehindART
S. 34 iStock, melitas
S. 36 Claudia Klee
S. 37 Nina Klein
S. 39 © Nonwarit/Fotolia

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e. V.
Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-0
Fax: 0 69 / 55 12 92
E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org
V. i. S. d. P.: Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin
Auflage: 500, September 2022

Mit diesem QR-Code können Sie ein PDF des Jahresberichts von der Website des Paritätischen Hessen herunterladen:

Ihr Interessenvertreter in allen Versicherungsangelegenheiten der Sozialwirtschaft

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des PARITÄTISCHEN Hessen
- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

UNION Versicherungsdienst GmbH
Wiesenhüttenplatz 25 • 60329 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 957345-0
info@union-paritaet.de
www.union-paritaet.de

Ein Unternehmen
des PARITÄTISCHEN

DER PARITÄTISCHE

UNION
VERSICHERUNGSDIENST